Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau

Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 110 000 Mark. In den Ausgabestellen monatl. 100 000 Mk. Bei Postbezug monatl. 110 500 Mk. Unter Streifband in Polen monatlich 200 000 Mk., Ausland nach Tageskurs umgerechnet. **Einzelnummer 8000 M., Sonntagsnummer 10 000 M.** Bei höherer Gewalt, Betriebsstörg., Arbeitsniederlegung od. Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferg. der Zeitg. od. Rückzahlg. des Bezugspreises. **Fernruf Nr. 594 und 595.**

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 4000 Mark, die 90 mm breite Reklamezeile 20000 Mk. Deutschland u. Freistaat Danzig ohne Aufschlag, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 10 000 Mk. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157.**

Nr. 245. Bromberg, Freitag den 26. Oktober 1923. 47. Jahrg.

Folgerungen aus den Haager Gutachten.

Von Rechtsanwalt Dr. U. Rukser.

Bekanntlich hat der Ständige Internationale Gerichtshof in seinem Gutachten vom 15. September, das die Billigung des Völkerbundes gefunden hat, hinsichtlich des Art. 4 des Minoritätenvertrages, die hier stets vertretene Ansicht bestätigt: nach dieser erwerben diejenigen Personen ohne weiteres die polnische Staatsangehörigkeit, die in dem jetzt zu Polen gehörenden Gebiet von Eltern geboren sind, die zur Zeit ihrer Geburt dort ihren Wohnsitz hatten. Die Tatsache der Geburt allein schafft also bereits den Besitz der vollen Staatsangehörigkeit, die Ausstellung einer Urkunde über das polnische Bürgerrecht bezeugt lediglich den bereits erfolgten Erwerb, hat mithin nicht den Sinn, daß diese Urkunde die polnische Staatsangehörigkeit erst verleihe. Sämtliche auf polnischem Gebiet geborenen Personen sind also vollgültige polnische Bürger, es sei denn, daß die Geburt auf polnischem Territorium nur durch Zufall erfolgt ist. Den Ausführungen des Haager Gerichtshofes ist ferner zu entnehmen, daß der erwähnte Art. 4 des Minderheitenvertrages als ein qualifiziertes Grundgesetz (Art. 1 Min.-V.) allen anderen Bestimmungen vorgeht; mithin ist es beispielsweise gleichgültig, welcher Staatsangehörigkeit etwa Eltern oder Ehegatten dieser Geburtspolen sind: auch das in Polen geborene Kind der nach 1908 zugezogenen Eltern besitzt das polnische Bürgerrecht; auch die in Polen geborene Frau, welche einen Nicht-Polen geheiratet hat, ist polnische Bürgerin; sie hat mithin durch die Heirat die polnische Staatsangehörigkeit nicht verloren, sondern diejenige des Mannes hinzu erworben. Daß Art. 4 die doppelte Staatsangehörigkeit bewußtermaßen geschaffen hat, hat der Haager Gerichtshof gleichfalls ausdrücklich anerkannt. **Damit dürfte der Streit über die Auslegung von Art. 4 des Minderheitenvertrages, soweit er juristischer Natur ist, erledigt sein; der Inhalt dieses Artikels steht nunmehr zweifelsfrei fest.**

Das polnische Staatsangehörigkeitsgesetz vom 20. 1. 1920 anerkennt in Art. 2 ausdrücklich alle die Personen als polnische Bürger, denen nach den internationalen Verträgen das polnische Bürgerrecht zusteht. Damit sind die maßgebenden internationalen Verträge, also auch der Minoritäten-Vertrag ausdrücklich in das Gesetz mit hineingenommen. **Der oben festgestellte Inhalt des Art. 4 des Minderheitenvertrages ist also Inhalt des polnischen Gesetzes geworden.** Dies ist um so mehr zu betonen, als bei Beratung des Gesetzes der Versuch gemacht worden ist, die Vorschriften unbequemer Verträge auszuschalten mit der befremdenden Formulierung eines Paragraphen, nach welchem der damals höchst bedenkliche Text des beabsichtigten Gesetzes den internationalen Verträgen nicht widerspräche. Man wollte also damals eine den Minderheiten ungünstige Auslegung vor allem auch des Minoritätenvertrages im Gesetze selbst vornehmen. Das ist, wie oben gesagt, unterblieben, und zwar auf Einspruch des damaligen Innenministers, des jetzigen Staatspräsidenten Wojciechowski. Daher wird selbst Herr Kierski heute nicht behaupten können, daß der Minoritätenvertrag dem Staatsangehörigkeitsgesetz widerspräche. Man kann dies auch nicht unter Berufung auf Art. 1 des Gesetzes tun, der die doppelte Staatsangehörigkeit ablehnt; denn gegenüber der Regel des Art. 1 ist in der Sondervorschrift des Art. 2 durch Verweisung auf die internationalen Verträge eine Ausnahmebestimmung getroffen, welche der allgemeinen vorgeht. Lex specialis derogat generali. Einzig und allein die ministeriellen Ausführungsvorschriften widersprechen dem nunmehr feststehenden Inhalt des Gesetzes, soweit die hier interessierenden „Geburtspolen" in Frage kommen. Da anerkanntermaßen Ausführungsbestimmungen den Gesetzen nicht widersprechen können, sind diese insoweit ohne weiteres gegenstandslos; es erübrigt sich also, Art. 1 des Minoritätenvertrages heranzuziehen.

Mithin müssen diejenigen Personen, welche kraft Geburt die polnische Staatsangehörigkeit erworben haben, unter Berufung auf den nunmehr feststehenden Inhalt von Art. 4 des Minderheitenvertrages in Verbindung mit Art. 2 des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 20. 1. 1920 bei den zuständigen Behörden die schriftliche Anerkennung ihres Bürgerrechts fordern. Der Antrag ist an den zuständigen Starosten zu richten, wenn ein Wohnsitz in Polen besteht; bei einem Wohnsitz im Ausland an das zuständige Konsulat. Es ist zweckmäßig in dem Antrag hervorzuheben, daß die Anerkennung des bereits erworbenen Bürgerrechts gefordert wird, und nicht etwa eine Verleihung durch Einbürgerung. Notwendig ist die Beifügung von Urkunden, welche die Tatsache der Geburt im polnischen Gebiet ergeben, sowie eine Bescheinigung darüber, daß die Eltern zur Zeit der Geburt in Polen wohnhaft waren. Letzteres geschieht zweckmäßig durch Einreichung von polizeilichen Anmeldungen, die seinerzeit von den Eltern vorgenommen worden sind, durch amtliche Auszüge aus den Seelenlisten oder durch eidesstattliche Versicherungen glaubwürdiger Personen. Falls Originalurkunden eingereicht werden, ist es ratsam, öffentlich beglaubigte Abschriften zurückzubehalten. Die Anträge müssen mit dem erforderlichen Stempel versehen sein.

Sind „Geburtspolen" in obigem Sinne bereits der Liquidation unterworfen, so empfiehlt es sich, dem Liquidationsamt einen entsprechenden Antrag einzureichen mit der Forderung, die Liquidation aufzuheben. Neuerdings hat der Innenminister anerkannt, daß dem Liquidationsamt eine selbständige Entscheidung in Staatsangehörigkeitsfragen nicht zusteht. Daher muß es derartigen Anträgen stattgeben. Daß diese Geburtspolen selbst dann nicht liquidiert werden dürfen, wenn sie neben der polnischen auch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, ergibt sich aus Art. 99 der polnischen Verfassung, welcher die Unverletzlichkeit des Eigentums ausdrückt. **Dieses Schutzes geht kein polnischer Bürger verlustig, und zwar auch dann nicht, wenn er die deutsche Staatsangehörigkeit neben der polnischen besitzt.**

*

Das erste Gutachten des Haager Gerichtshofs vom 10. September äußert sich bekanntlich dahin, daß das Vorgehen Polens gegen die Ansiedler, insbesondere das Gesetz vom 14. Juli 1920 den internationalen Verpflichtungen Polens nicht entspreche. Das bedeutet in erster Linie die Ausschaltung des Gesetzes vom 14. Juli 1920; denn Artikel 1 des Minoritätenvertrages bestimmt ausdrücklich, daß kein Gesetz, keine Verordnung und keine Amtshandlung den Vorschriften des Minoritätenvertrages widersprechen dürfe. Diese Vorschriften nämlich gelten als Fundamentalgesetz, das jedem anderen Gesetz vorgeht, in demselben Sinne, wie im deutschen Staatsrecht Reichsrecht vor Landesrecht geht. Dieser Vorrang des Minoritätenvertrages beruht, da der Minoritätenvertrag als polnisches Gesetz verkündet ist, auch auf dem innerpolnischen Recht. **Es handelt sich hier also um geltendes polnisches Recht, nicht etwa „nur" um rein völkerrechtliche Verpflichtungen des Staates,** aus denen der Einzelne keine Rechte herleiten kann. Daher werden auch Gerichte und Behörden ihre Stellung zum Gesetz vom 14. Juli 1920 erneut prüfen und den Art. 1 des Minderheitenvertrages beachten müssen.

Soweit Personen auf Grund dieses Gesetzes von ihren Ländereien verdrängt oder sonst wie geschädigt sind, haben sie einen Anspruch auf Schadenersatz, der in erster Linie dahin geht, daß der Zustand hergestellt wird, der ohne die schädigenden Schritte der Behörden bestehen würde. Nur falls diese Wiederherstellung unmöglich ist, besteht ein Anspruch auf Geldersatz. Diese Ansprüche können vom Betroffenen gerichtlich geltend gemacht werden, und zwar vor den ordentlichen Gerichten, insoweit es sich um Verletzung von Privatrechten handelt (§ 823 B. G. B.).

Das Gesetz vom 14. Juli 1920 hat unter anderem auch jenen Verträgen die Anerkennung versagt, durch welche die preußische Regierung die Rentenansprüche, die auf den Ansiedlungen eingetragen sind, abgetreten hat. Nach dem Gutachten des Haager Schiedsgerichts war Preußen zu dieser Abtretung durchaus befugt. Die Danziger Bauernbank ist also in vollem Umfange Gläubigerin dieser Rentenforderungen geworden. Mithin kann das polnische Ansiedlungsamt, jetzige Bezirkslandamt, weder für die Zukunft noch für die Vergangenheit die Zahlung der Renten fordern. Unter diesen Umständen bleibt nur übrig, diese Beträge zu hinterlegen.

Alle diese schwerwiegenden Folgerungen sind der als Evangelium gepriesenen Entdeutschungspolitik zu verdanken, deren finanzielle Auswirkungen eine ungeheure Belastung des Staatsschatzes bedeuten. Daraus erklärt sich das Gebaren der „nationalen" Presse, die durch eine Sabotage der Haager Rechtssprüche das Ansehen des Staates noch weiter gefährden will. Die Rechtslage der vom Juligesetz Betroffenen ist also ohne Zweifel günstig, und es wird lediglich auf die Ausdauer des Einzelnen ankommen, sein Recht durchzusetzen. Vor allem muß dringend vor unüberlegten Vereinbarungen gewarnt werden, um so mehr als Entschädigungen durch Deutschland nicht zu erwarten sind.

*

In der Kritik des Juligesetzes spricht der Haager Gerichtshof den ungemein wichtigen Grundsatz aus, **daß ein Gesetz nicht nur dann gegen den Minderheitenschutz verstoße, wenn es die Minderheiten ausdrücklich schlechter stelle als die Majorität, vielmehr liege ein solcher Verstoß schon dann vor, wenn das Gesetz zwar keine unterschiedliche Behandlung vorschreibe, aber in Wirklichkeit nur die Minderheiten treffe.** Positiv ausgedrückt heißt das: ein Gesetz entspricht nur dann dem Minoritätenvertrag, wenn es die

tatsächliche Gleichbehandlung

gewährleistet. Das ist immer der Maßstab, nach welchem die polnischen Gesetze hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit dem Minoritätenvertrag zu prüfen sind. In erster Linie muß hier das Agrargesetz vom 15. Juli 1920 genannt werden, das in Art. 1 Ziffer 6 die Besitzer derjenigen Güter mit der Enteignung bedroht, welche an die preußische Ansiedlungskommission Land verkauft haben. Es bedarf keiner Ausführung, daß sich diese Bestimmung im wesentlichen gegen die deutsche Minderheit richtet; daher kann sie neben Art. 1 des Minderheitenvertrages keine Geltung beanspruchen.

Haussuchung beim Senator Hasbach.

Interpellation

der Abgeordneten von der Deutschen Vereinigung im Sejm an den Herrn Justizminister betr. die Verletzung der Unantastbarkeit der Abgeordneten durch die bei Senator Hasbach ausgeführte Haussuchung.

Am Freitag, den 19. Oktober 1923, erhielt Senator Hasbach, der sich an diesem Morgen im Kraftwagen nach Danzig begeben hatte, nach dort die telephonische Nachricht, daß eine Kommission, bestehend aus einem Staatsanwalt, einem Kriminalkommissar und einem Gendarmen seit etwa einer Stunde in Hermanowo, dem Wohnsitz des Senators, damit beschäftigt sei, das Arbeitszimmer zu durchsuchen. Einwendungen seitens des Hauspersonals und des Beamten in dem Sinne, daß nach dem Gesetz die Wohnung eines Abgeordneten unantastbar sei, wurden nicht beachtet. Senator Hasbach ließ den Staatsanwalt bitten, an das Telephon zu kommen, was dieser ablehnte; worauf Senator Hasbach dem Staatsanwalt durch seinen Beamten sagen ließ, er warne ihn, weitere Haussuchungen in seiner Abwesenheit vorzunehmen, in 1½ Stunden werde er (Hasbach) zu Hause eintreffen. (Die Haussuchung wurde daraufhin unterbrochen.)

Mark und Dollar am 25. Oktober

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags.)

Danziger Börse

Die Börse ist heute geschlossen.

Warschauer Börse

1 000 000 d. M. — 10 p. M. 1 Dollar 1 725 000 p. M.

Bei Ankunft in Hermanowo stellte Senator Hasbach fest, daß sein Schreibtisch durchwühlt und mehrere Fächer, die geschlossen waren, durch einen aus Starogard herbeigeholten Schlosser mittels Dietrich aufgebrochen waren. Senator Hasbach machte den Staatsanwalt auf das Gesetzwidrige seiner Handlung aufmerksam, legte ihm das Gesetz über die Unantastbarkeit der Abgeordneten und Senatoren vor und verlangte den Abbruch der Revision. Der Staatsanwalt erklärte, auf Befehl der Staatsanwaltschaft in Starogard zu handeln und wies auf Verlangen folgenden Befehl vor:

„Der Staatsanwalt
beim Bezirksgericht in Starogard.

Zu II. J. Nr. 1281/23.

In der Strafsache der Mitglieder des Deutschtumsbundes §§ 128, 132, 36 des Strafgesetzbuches wird im Sinne der §§ 105, 122, 103 vom Jahre 1897 der Strafprozeßordnung mit Rücksicht auf die Verzögerung der drohenden Gefahr die Haussuchung . . . . Hasbach (Hermanowo, Krs. Starogard) des Arbeitszimmers, seiner Person, der ihm gehörigen Sachen angeordnet, weil anzunehmen ist, daß diese Durchsuchung zur Auffindung weiterer Beweismittel beitragen wird, d. h. Beschlagnahme aller der Sachen, welche als Beweismaterial in der erhobenen Anklage dienen können.

Starogard, den 19. Oktober 1923.

Unterschr. Marszollok."

der vom Ersten Staatsanwalt unterzeichnet war. Zu diesem begab sich Senator Hasbach umgehend, um auch ihn auf das Ungesetzliche dieses Befehls aufmerksam zu machen. In längerer Unterredung machte der Staatsanwalt den Vorschlag, es sollten die Akten und Papiere versiegelt und der Staatsanwaltschaft zur Aufbewahrung gegeben werden. Dieser Vorschlag wurde von Senator Hasbach rundweg abgelehnt mit dem Bemerken, er sei nicht gekommen zu verhandeln, sondern sein Recht zu suchen, er müsse erwarten, daß die Staatsanwaltschaft, die dazu da sei, das Recht im Lande zu schützen, sich nicht dazu herbeiließe, das Recht wissentlich zu beugen. Die Unterredung endete mit der Erklärung des Staatsanwalts, er nehme die Verantwortung für das Geschehene auf sich. Senator Hasbach fuhr mit diesem Bescheid nach Hermanowo und die Haussuchung nahm ihren Fortgang. Gegen den ausdrücklichen Protest von Senator Hasbach wurden eine Reihe Papiere seinen Akten zur Mitnahme entnommen, auf Verlangen erfolgte die Siegelung der Papiere mit Siegel der Staatsanwaltschaft und des Senators Hasbach, der in dem Protokoll das Verlangen stellte, daß die Öffnung der gesiegelten Papiere nur mit Genehmigung des Justizministers erfolgen solle. An den Ministerpräsidenten und den Justizminister hat Senator Hasbach gleichlautende Depeschen abgesandt, worin er sich über die Verletzung der Immunität der Abgeordneten beschwerte.

Wir richten an den Herrn Justizminister die Frage:

1. **Welche Amtsstelle hat den Befehl zur Durchsuchung der Privatwohnung eines Abgeordneten erteilt und wer trägt die Verantwortung?**
2. **Ist der Herr Minister bereit, die Schuldigen zur disziplinarischen und strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen?**
3. **Was ist in dieser Angelegenheit bisher geschehen?**

Wir bitten mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Fragen für das gesamte Parlament um möglichst sofortige mündliche Beantwortung.

Warschau, den 23. Oktober 1923.

Die Interpellanten.

*

Inzwischen ist diese Angelegenheit bereits am gestrigen Mittwoch (den 24. d. M.) im Senat zur Erörterung gekommen; über den Verlauf derselben wird uns berichtet:

Der Justizminister verurteilt das Verhalten der Starogarder Prokuratur und spricht sein Bedauern aus.

Warschau, 25. Oktober. (PAT.) In der gestrigen Sitzung des Senats begründete Senator Szczeponik (Dtsch. Klub) die Dringlichkeit eines Antrages, in welchem wegen der Verletzung der Immunität des Senators Hasbach durch die bei ihm vorgenommene Haussuchung Verwahrung eingelegt wird.

Justizminister Nowodworski rügte einige Ausdrücke der Begründung, die gar zu weitgehende Vorwürfe gegen die Prokuratur enthielten. In der Sache selbst erklärt der Minister, daß er zur Information eine Delegation nach Stargard entsandt habe, die den Fall untersuchen solle. Weiter erklärte der Minister, daß er zu seinem Bedauern die Tatsache zugeben müsse, daß die Haussuchung beim Senator Hasbach tatsächlich stattgefunden habe. Sie habe stattgefunden auf Grund der Interpretation deutscher Bestimmungen, die im ehemals Preußischen Teilgebiet noch in Kraft sind (nach deutschen Bestimmungen kann niemals die Immunität verletzt werden! Die Red.), und die nach Ansicht der Prokuratur mit der Verfassung Polens nicht kollidierten.

Diese Interpretation der Prokuratur war nicht begründet.

Im Namen der Regierung sprach sich der Minister für die Dringlichkeit des Antrages aus, die denn auch angenommen wurde. Der Antrag wurde der Rechts- und Reglementskommission überwiesen.

Die Rekonstruktion des Kabinetts.

In Sachen der Rekonstruktion des Kabinetts fand dem „Dziennik Pozn." zufolge gestern vormittag beim Ministerpräsidenten eine Konferenz statt, an der außer dem Ministerpräsidenten mehrere Minister und Vertreter der Klubs der Mehrheit teilnahmen. Nachmittag sollten die Beratungen fortgesetzt werden.

Dmowski doch Minister des Aeußeren?

Der Warschauer „Expreß Poranny" erfährt „aus durchaus glaubwürdiger" Quelle, daß Roman Dmowski sich einverstanden erklärt hat, das Ministerium des Außeren zu ubernehmen.

Der „Expreß" und der „Kurjer Czerwony" nehmen die Nachricht mit großer Anerkennung und Freude auf, obgleich sie politische Gegner Dmowskis sind.

Nach der Lodzer „Republika" hätte am Dienstag nachmittag Außenminister Seyda dem Ministerpräsidenten Witos einen Besuch abgestattet und dabei erklärt, daß er jeden Augenblick zurückzutreten bereit sei, wobei er warm den Vorschlag unterstützte, das Portefeuille des Außenministeriums Dmowski zu übertragen. — Die Rechtspresse begnügt sich damit, von diesen Gerüchten Notiz zu nehmen. Die der Regierung nahestehenden Kreise lehnen jede Information in dieser Sache ab.

Nach dem „Dziennik Pozn." soll Seyda als Vizeminister des Auswärtigen im Kabinett verbleiben.

Die Explosion in der Warschauer Zitadelle in der Sejmkommission.

Warschau, 24. Oktober. Die Militärkommission des Sejm verhandelte heute über die Explosion in der Zitadelle. Es lagen vier Anträge vor: die Rechte verlangt von der Regierung einen Bericht über das Ergebnis der Untersuchung, die Sozialisten und Juden fordern die Einsetzung einer speziellen Untersuchungskommission und die Kommunisten dasselbe.

Nach zwei Referaten erklärte der Vertreter des Kriegsministers General Dławski, daß die Annahme, die Explosion wäre durch einen Zufall oder infolge Unachtsamkeit erfolgt, ausgeschlossen sei. Das Pulver sei vollständig frisch gewesen und hätte sich so leicht nicht zersetzt. Die Entzündung durch einen Funken der Zigarette sei außerdem unwahrscheinlich.

Oberst Petrażycki erklärte, die Regierung hätte, als sie ihren Aufruf erließ, in dem von „verbrecherischer Hand" die Rede ist, an die jüdische Bevölkerung nicht gedacht.

Von den Sozialisten wurde die Behauptung aufrecht erhalten, daß es sich um einen Zufall handle. Die Rechtsparteien dagegen beantragten die Annahme ihres Antrages.

*

Die Urheber der Bombenattentate.

Der „Dziennik Poznański" läßt sich aus Warschau melden: Beim Bezirksmilitärgericht in Warschau ist ein Antrag eingegangen, durch den der Oberleutnant Valerian Bagiński und der Leutnant Anton Wieczorkiewicz angeklagt werden, eine ganze Reihe terroristischer Bombenattenate in verschiedenen Städten Polens organisiert zu haben. Auf die beiden Angeklagten ist das Attentat auf die Bruderhilfe in der Warschauer Universität zurückzuführen, bei dem der Prof. Orzecki ums Leben gekommen ist, ferner die Attentate auf die Redaktionen der Rzeczposp." und der „Gazeta Poranna" und auf den Krakauer Universitätsdirektor Natansohn.

Die Verhandlung in der Sache findet in den nächsten zwei Wochen statt. Bekanntlich wurden diese Attentate seinerzeit ebenso den Kommunisten und anderen „Feinden des Staates" in die Schuhe geschoben, wie die Explosionskatastrophe in der Warschauer Zitadelle.

Aus dem Sejm.

Das Gesetz über den Paßzwang. — Das Budgetprovisorium.

Warschau, 23. Oktober. PAT. Die gestrige Sitzung begann mit der ersten Lesung des Gesetzes über die Personalausweise. Der Abg. Dutek (Wyzwolenie) bemerkt, daß das ehemalige Kongreßpolen als Nachlaß von den Okkupationsmächten Päße erhalten habe. Jetzt wolle der Minister Kiernik damit auch Kleinpolen und das ehemals preußische Teilgebiet beglücken, und dadurch 15 Millionen Leute der Willkür der Polizeiorgane ausliefern, die bei uns durchaus nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe ständen. Der Redner ist der Meinung, daß, wenn es sich um die Ausweisung einiger tausend Leute, deren Aufenthalt in Polen unerwünscht ist, handelt, es dafür andere Mittel gebe. Der Redner schloß mit dem Antrag, über diesen Entwurf zur Tagesordnung überzugehen.

Der Abg. Grünbaum (Jüd. Klub) führte aus, daß man hier die Vereinheitlichung der Gesetzgebung in der Weise durchführe, daß man in Kleinpolen und im ehemals preußischen Teilgebiet polizeiliche Bestimmungen einführe, die in Kongreßpolen gelten, statt es umgekehrt zu machen, d. h. den Paßzwang im ehemals preußischen Teilgebiet aufzuheben. Der Redner forderte die Ablehnung des Gesetzentwurfs schon in der ersten Lesung.

Der Abg. Prelucki sprach sich in einer längeren Rede ebenfalls gegen den Entwurf aus, und Abg. Reger (P. P. S) wies darauf hin, daß das Gesetz dem Grundsatze der Sparsamkeit widersprechen werde. Es würden zahlreiche Mißbräuche durch die Massenfabrikation falscher Päße vorkommen, ebenso wie dies zu Zeiten der Okkupation der Fall gewesen sei, und die Polizei würde eine Waffe gegen die Bevölkerung in die Hand bekommen. Des weiteren erwähnte der Redner, daß die Tschechen die Ausstellung von Visen zur Einreise nach Tschechien für polnische Bürger verboten hätten, und zwar aus dem Grunde, weil in Mährisch-Ostrau unsere Behörden ungeheure Summen für die Visen sowohl von polnischen wie auch von tschechoslowakischen Staatsangehörigen forderten. Die Tschechoslowakei revanchiere sich und infolgedessen ist hunderten von Polen der Zutritt zu ihrem Vaterlande versperrt. Der Abg. Kozłowski (Nat. Volksverband) erklärte, daß der Gesetzentwurf bereits zu Zeiten der früheren Regierung zurückgezogen sei, und daß auch die gegenwärtige Regierung ursprünglich den Entwurf nicht wieder einbringen wollte, ihn aber jetzt doch in einer veränderten Form dem Sejm vorgelegt habe. Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Abg. Putek, über den Entwurf zur Tagesordnung überzugehen, mit 175 gegen 173 Stimmen abgelehnt und das Gesetz wurde der Verwaltungskommission zurückgegeben.

Nach Annahme der Novelle über die Einkommensteuer in Oberschlesien und des Gesetzes über den beständigen Steuereiner für die Berechnung der Abgaben, beschäftigte man sich mit der Frage des zusätzlichen Budgetprovisoriums für das 3. Vierteljahr und des Budgetprovisoriums für das 4. Vierteljahr.

Der Berichterstatter Abg. Tabaczynski (Nationaler Volksverband) betonte, daß das Gesetz der Regierung neue Kredite zur Deckung der Ausgaben gewähren soll, die durch die Teuerung im 3. Vierteljahr entstanden sind. Das Defizit im 3. Vierteljahr beträgt etwa 7584 Milliarden oder 130 Prozent des für das 3. Vierteljahr beschlossenen Budgets. Der Grund hierfür liegt vor allem in der Erhöhung der Beamtenbesoldungen, die im Juni 730 Milliarden, im August 1543 Milliarden, im September 2467 Milliarden, zusammen für das 3. Vierteljahr 4750 Milliarden, d. s. 80 Prozent des Budgetkredits, der 5778 Milliarden betrug. Der für das 4. Vierteljahr vorgesehene Kredit soll etwa 12 Billionen betragen, möglich wäre eine 100prozentige Überschreitung. Die Einnahmen im 4. Vierteljahr betragen an ordentlichen Abgaben 5375 Milliarden, die Exploitation der Eisenbahn 2400 Milliarden, andere Einnahmen 1500 Milliarden, zusammen 9275 Milliarden, **das Defizit für das 4. Vierteljahr wird mithin etwa 16 Billionen betragen.** Die Hauptursache hierfür ist die ungeheure Teuerung und die Erhöhung der Beamtengehälter. Zur Verringerung dieses ungeheuren Defizits muß die Regierung selbst zu unpopulären Mitteln greifen. Das Defizit erklärt sich auch aus der Eisenbahnwirtschaft. Für Juli betrugen die Ausgaben der Eisenbahn etwa 2 Billionen, für August 4 Billionen. Der Redner schloß mit dem Antrage auf Annahme des Budgets.

Abg. Diamand (P. P. S.) wies darauf hin, daß eine rationelle Staatswirtschaft sich lediglich auf Ruhe und Ordnung stützen könne, und eine friedliche äußere und innere Politik als die erste Aufgabe des Staates angesehen werden müsse. Leider sei dies nicht der Fall. Polen sei in der glücklichen Lage, daß der innere Friede unschwer zu erhalten sei. Die Bevölkerung sei von der Schwere des Augenblicks durchdrungen und mit staunenswerter Geduld passe sie sich den außergewöhnlich schwierigen Verhältnissen an. Andere europäische Regierungen wären glücklich, wenn ihre Bevölkerung so viel Nationalgefühl hätte, wie die polnische Bevölkerung. Der Redner kritisiert den Aufruf der Regierung, der aus Anlaß der Explosion des Pulverturms in der Warschauer Zitadelle erlassen wurde und bemerkt, daß dieser nur dann Sinn hätte, wenn er eine Diktatur bezweckte. Aber diese Diktatur wäre in der heutigen Zeit ein etwas gefährliches Experiment. Herr Witos warf der Opposition vor, daß er das Programm der Mehrheit nicht seinem Programm entgegenstellen könne. Ich muß, so fuhr der Redner fort, sagen, daß die Linke ein Programm und auch den Mut hat, dieses durchzuführen. Die Rechte hat weder den Mut noch die Energie und auch nicht die Möglichkeit, ein solches Programm durchzuführen. Auf das angebliche Angebot eingehend, das Witos der Linken über die Bildung einer evtl. neuen Koalition der Parteien gemacht hat, erklärte der Redner, daß die Linke das Angebot nicht annehmen könne. Solange Polen die Linke hat, könne es zufrieden sein. Wir hatten, so schloß der Redner, eine Mehrheit im Interesse des Staates wider unseren Willen. Und wir hegen die Hoffnung, daß wir sie dauernd haben werden.

Im Namen des Nat. Volksverbandes sprach Abg. Zdziechowski, der besonders dem Finanzminister sein Vertrauen aussprach und betonte, daß seine Partei für das Provisorium stimmen werde.

Bei der Abstimmung wurde das Gesetz **mit 197 gegen 177 Stimmen** in zweiter und dritter Lesung angenommen. Die Sitzung wurde hierauf unterbrochen, um nachmittags um 4 Uhr fortgesetzt zu werden.

Gericht und Regierung.

Ein sensationeller Prozeß.

Vor dem Bezirksgericht in Krakau fand dieser Tage ein sensationeller Prozeß statt, den vier Krakauer Zeitungen, die wegen ihrer Kritik an dem bekannten Aufruf der Warschauer Regierung aus Anlaß der Explosionskatastrophe im Pulverturm der Warschauer Zitadelle konfiszziert worden waren, angestrengt hatten. Die Zeitungen hatten vor allem daran Kritik geübt, daß die Regierung in ihrem Aufruf die Ursache der Explosion in einem Verbrechen zu suchen glaubte. Diese Annahme, die keineswegs klar erwiesen war, gab den Blättern Veranlassung zu der Behauptung, „die gegenwärtige Regierung des Herrn Witos habe diese Redewendung nur zu Agitationszwecken gebraucht". (Bekanntlich war der Aufruf von den Ministern selbst, mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze, unterzeichnet worden.)

Die Regierung hat in diesem Prozeß den kürzeren gezogen. Die Beschlagnahmungen, die über die „Nowa Reforma", den „Czas" sowie zwei weitere Zeitungen verhängt worden waren, die als führende politische Organe in Polen gelten, wurden aufgehoben. Der Warschauer „Przegląd Wieczorny" ist in der Lage, einen Auszug der Anklagen gegen die Regierung zu bringen, wie sie der Staatsanwalt darstellt, der die Beschlagnahme zu verteidigen hatte. Er begründete seine Anklage mit folgenden Sätzen:

„In den fraglichen Abschnitten des zur Anklage stehenden Artikels wirft der Verfasser bei der Besprechung des Inhalts des Aufrufs der Regierung an die Bevölkerung aus Anlaß der Explosion in der Zitadelle in Warschau der gegenwärtigen Regierung vor, daß sie, trotzdem keine bestimmten Anhaltspunkte für die Ursache der Katastrophe vorlagen, der Bevölkerung einreden wollte, daß es sich um einen Anschlag von verbrecherischer Hand handelte. Trotz des Gutachtens der Militärbehörden bezeichnet der Artikel den Aufruf als einen unüberlegten Akt, der im Auslande dem Staat die schlechtesten Dienste geleistet und im Volk Ärgernis hervorgerufen habe. Der Artikel behauptet, daß dieser Aufruf das kalte Blut vermissen lasse, daß er nicht allein die Regierung, sondern das ganze Volk kompromittiert habe. Der Autor wirft der Regierung ferner vor, daß sie diesen Aufruf tendenziös gefärbt und im besonderen die Absicht gehabt habe, der Bevölkerung noch vor der endgültigen Untersuchung einzureden, daß es sich hier um eine organisierte Verschwörung gehandelt habe, um auf diese Weise die Ermächtigung zu gewissen Anordnungen zu erlangen, und gleichzeitig ihre wankende Autorität zu retten. Nach Ansicht der Prokuratur wollte der Verfasser des Artikels die Staatsbehörden, ja die ganze Regierung, verächtlich machen, und er erblicke darin ein Vergehen aus § 300 Strafgesetzbuchs.

Das Gericht teilte die Ansicht der Staatsanwaltschaft nicht, und zwar aus folgenden Gründen:

„Der inkriminierte Artikel wurde in der Absicht veröffentlicht, um darzulegen, daß der Aufruf der Regierung über die Ursache der schrecklichen Katastrophe ein voreiliger und unüberlegter Schritt gewesen ist, daß die Regierung, die unter dem Einfluß der Panik unter der Bevölkerung stand, das kalte Blut habe vermissen lassen, daß dieser Akt die Regierung, wie auch das ganze Volk kompromittiert und unser Ansehen im Auslande herabgesetzt habe. Die Tendenz des Artikels sei mithin die Verwerfung der Hypothese, daß die Ursache der Katastrophe in einem verbrecherischen Anschlag zu suchen sei. Der Artikel habe die Beruhigung der öffentlichen Meinung bezweckt, die durch den Aufruf der Regierung erregt worden sei, da sie u. a. betonte, „daß dieser Anschlag nicht allein die Entwickelung, sondern sogar die Existenz des Staates selbst bedrohe. Der Ton des Artikels ist jedem einzelnen gestattet und **auch der Presse sei die gemäßigte Kritik eines Regierungsaktes erlaubt.** Der Artikel enthält keine Behauptungen, welche die Annahme rechtfertigen könnten, daß die Behörden in ihrem Ansehen herabgesetzt würden.

Das Gericht stellte — wie der „Przegląd Wieczorny" weiter bemerkt — ferner fest, daß die öffentliche Meinung durch die Regierung beunruhigt worden sei, und daß man sie im Interesse des öffentlichen Wohles hätte beruhigen müssen. Der Autor des Artikels nannte den Aufruf voreilig und unüberlegt und behauptete, daß die Regierung auf wahnwitzigen Nebenwegen gegangen sei, und das Gericht stellte fest, daß der Gebrauch dieser Redewendungen eine gemäßigte Kritik des Regierungsaktes darstelle. Die Zeitung warf der Regierung vor, daß diese sich und das ganze Volk kompromittiert und unser Ansehen im Auslande ruiniert, daß sie dies aus eigenen persönlichen Interessen getan habe, um ihre wankende Autorität zu stützen und Ermächtigungen zu gewissen Verordnungen zu erlangen. Das Krakauer Gericht betont, daß diese Vorwürfe keine strafbare Handlung enthalten, d. h. daß sie berechtigt und begründet waren.

Unnötige Alarme.

Unter dieser Überschrift schreibt die „Polska Zbrojna", das Organ des Kriegsministeriums u. a.: „Die letztens angeordnete Einberufung des Jahrgangs 1898 wurde hier und dort in der Weise kommentiert, daß aus ihr ein typischer Kriegsalarm gemacht wurde, und das sei durchaus unnötig, da hier nur ganz normale Heeresmaßnahmen in Betracht kommen, die mit einem Kriege nichts gemein haben. Gewöhnlich sollen wir zwei Jahrgänge unter Waffen haben. Gegenwärtig aber haben wir nur aus Rücksichten finanzieller Natur einen unter Waffen.

Um also an der Kriegstüchtigkeit keine Einbuße zu erleiden, wurde in vollständig normaler Weise der Jahrgang 1898 zu den Waffen berufen, um eine entsprechende Ausbildung zu erfahren. Dieser Jahrgang wurde erst jetzt einberufen, und nicht bedeutend früher, wie dies auch geplant war, um die Beendigung aller landwirtschaftlichen Arbeiten, wie das Einernten der Kartoffeln, Rüben usw. zu ermöglichen, d. h. also, um in der Landwirtschaft keine Störungen zu verursachen."

Ausdehnung des Eisenbahnmaschinistenstreiks.

Warschau, 25. Oktober. PAT. Gestern brach auch im Warschauer Eisenbahndirektionsbezirk ein Streik der Eisenbahnmaschinisten aus. Gestreikt wird in Lodz, Petrikau, Czenstochau, und nachmittags begann der Streik auch im Radomer Bezirk, wo die Maschinisten der Lokomotivschuppen in Chełm die Arbeit niederlegten. Die Eisenbahnverwaltung hat alle Maßnahmen getroffen, um den Verkehr aufrecht zu erhalten, vor allem mit Rücksicht auf die Lebensmittelversorgung des Landes, die infolge des Streiks gefährdet ist. Auf den einzelnen Stationen lagern große Transporte, insbesondere von Kartoffeln, für die eine große Gefahr des Verderbens besteht. Außerdem haben sich auch andere Lebensmittel angehäuft, die nicht versandt werden können.

Petrikau, 25. Oktober. PAT. Die streikenden Maschinisten sind aufgefordert worden, wieder zur Arbeit zurückzukehren. Zwischen Petrikau, Warschau und Krakau sind dieser Aufforderung verschiedene Kolonnen nachgekommen, so daß der Verkehr zwischen Warschau und Krakau sichergestellt ist.

Krakau, 25. Oktober. PAT. Eine Delegation der streikenden Maschinisten begab sich zum Wojewoden Galecki mit der Bitte um Intervention bei der Regierung. Die Delegation stellte dem Wojewoden sehr weitgehende Forderungen materieller Natur, so z. B. die sofortige Auszahlung eines Zweimonatsgehalts und außerdem sehr hoher Zulagen. Der Wojewode erklärte, daß er nicht vermitteln könne, da die Forderungen derart seien, daß sie mit Rücksicht auf den Stand der Finanzen des Landes nicht bewilligt werden würden.

Zusammenbruch der Rheinischen Republik.

Berlin, 24. Oktober. Nach hier aus dem Rheinland eingegangenen Meldungen ist der Aufstand der Separatisten mißlungen. Sie wurden aus allen größeren Stadtzentren vertrieben, ihre bewaffneten Abteilungen ziehen sich auf die Provinz und in kleinere Städtchen zurück, deren Besitz keine große strategische Bedeutung hat. Aachen, Wiesbaden, Mainz und Koblenz sind in den Händen der preußischen Polizei. Eine große Rolle bei der Unterdrückung des Aufstandes der Separatisten spielten die sozialistischen Berufsverbände, die die Arbeiter mobilisierten und gemeinsam mit der Polizei die Separatisten entwaffneten, denen die Regierungsgebäude wieder entrissen wurden. Die bewaffneten Abteilungen der Separatisten gruppieren sich gegenwärtig in der Provinz, wobei man die Konzentrierung der Aufständischen in einigen Ortschaften beobachten kann. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß die Versuche, die verlorenen Stellungen wiederzuerlangen, erneuert werden.

Die Säuberung des Rheinlandes.

Aachen.

Aachen, 24. Oktober. (PAT.) **Nationalisten und Kommunisten** haben das Rathaus wieder besetzt, eine Anzahl Separatisten wurden festgenommen. Im Laufe des Tages wurden bei den Kämpfen drei Personen getötet und zahlreiche verletzt. Die Behörde erließ ein Versammlungsverbot.

Aachen, 24. Oktober. („Berl. Tagebl.") Der Separatistenputsch in Aachen hat mit einem vollkommenen Mißerfolg geendet. Es zeigte sich bereits gestern, daß die Bevölkerung dem Gewaltstreich völlig ablehnend gegenüberstand. Die Sonderbündler mußten sich infolge der feindlichen Haltung der Bevölkerung aus den von ihnen besetzten Gebäuden zurückziehen. Die Polizei schritt gestern im Laufe des Abends zur Säuberung der von den Separatisten besetzten öffentlichen Gebäude. Eine Abteilung von 24 Polizisten, denen eine Menschenmenge von etwa 50 000 Personen folgte, zog zur Post. Diese wurde gestürmt, und **die Fahnen der rheinischen Republik** wurden von der begeisterten Menge heruntergeholt und **in tausend Fetzen zerrissen.** Der Kommandeur der separatistischen Trupps begab sich unter den Schutz der Feuerwehr. Das Rathaus wurde ebenfalls von den Sonderbündlern gesäubert. Die Menge stürmte dann das Bureau der Separatisten und vernichtete die Akten. Die Sonderbündler flohen über die Dächer; Arbeiter, die in der Nähe beschäftigt waren, **schlugen die Fliehenden mit Stöcken tot.** Der belgische Ortsdelegierte erklärte, daß er dafür sorgen werde, daß die Sonderbündler abziehen würden. Die Stoßtrupps der Sonderbündler waren mit belgischen Brownings bewaffnet.

*

Wiesbaden — Mainz.

In **Wiesbaden** haben die politischen Parteien mit dem französischen Kommandanten verhandelt. Von separatistischer Seite war kein verhandlungsfähiger Mann erschienen. Der Eindruck der Parteiführer ist der, daß die Franzosen in Wiesbaden nach einer Möglichkeit suchen, um aus der unangenehmen Situation herauszukommen. Die grünen Plakate der Separatisten waren lediglich unterschrieben: „Eine Kommission." Zahlreiche französische Patrouillen zu Fuß und zu Pferd durchziehen die Straßen Wiesbadens. Der Polizeidienst ist eingestellt. Die Gewerkschaften haben den Streik proklamiert.

Aus **Mainz** liegen an amtlicher Stelle günstige Nachrichten vor. Nachdem sich dort sämtliche Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten gegen die separatistische Bewegung ausgesprochen haben, änderte sich die Stellungnahme der Franzosen. Während sie zuerst gegen die Polizei vorgegangen waren und auch deren Entwaffnung verfügt hatten, wurden nunmehr den Polizisten die Waffen zurückgegeben. Auch im übrigen hielten es die Franzosen für angebracht, merklich von den Separatisten abzurücken. Sämtliche Regierungsgebäude in Mainz sind wieder frei.

Jülich — Koblenz — Rheydt.

Die Herrschaft der Sonderbündler hat auch in **Jülich** ein rasches Ende gefunden. In mehreren Lastautos waren die Stoßtrupps in den ersten Morgenstunden von auswärts hier angelangt und hatten das Rathaus und die öffentlichen Gebäude besetzt. Alle Behörden teilten dem Führer, einem Weinhändler aus Aachen mit, daß sie nicht arbeiten würden, solange Sonderbündler sich in den Gebäuden aufhielten. Der Führer, der seine Leute, meist sehr fragwürdige Gestalten, mittags schon nicht mehr in der Hand hatte, ließ den größten Teil wieder abfahren. Ein anderer Sonderbündler riß nachmittags die Herrschaft auf dem Rathaus an sich. Als er den Revolver gegen den Bürgermeister zog, war es mit der Geduld der vor dem Rathaus Kopf an Kopf stehenden Menge vorbei. **Männer und Frauen stürmten ins Rathaus, stürzten sich auf den Rest der Sonderbündler, schlugen sie blutig und drängten sie zur Stadt hinaus.**

In **Koblenz** ist es gelungen, die Sonderbündler wieder aus dem Regierungsgebäude zu vertreiben. Nach hier eingetroffenen Nachrichten ist auch **Rheydt** von den Sonderbündlern wieder frei.

Die Unruhen in Hamburg.

14 Tote und 108 Verwundete.

Nachdem bereits am Montag die Werftarbeiter die Arbeit niedergelegt hatten, traten nunmehr auch die Hafenarbeiter in den Streik, so daß im Hafen völlige Arbeitsruhe herrscht. Das Rathaus und das Stadthaus und andere öffentliche Gebäude waren heute mit starken Wachen belegt worden und mit spanischen Reitern und Drahtverhauen geschützt. Infolge der unsicheren Lage hatten viele Geschäfte und Läden nicht geöffnet und die eisernen Schutzvorrichtungen heruntergelassen. Das geschäftliche Leben war fast vollständig stillgelegt. Der Straßenbahnverkehr wurde zwar teilweise aufrechterhalten, doch nur mit erheblichen Verspätungen und Unterbrechungen. Die Polizeibehörde ordnete an, daß alle nach der Straßenseite gelegenen Fenster bis auf weiteres geschlossen zu halten sind. Die Polizeistunde ist auf 10 Uhr festgesetzt. Das Betreten der Straße von 11 Uhr abends bis 5 Uhr morgens ist verboten. Passieren dürfen nur Ärzte und Hebammen. In die Krankentransportstellen der Polizei sind als Opfer der heutigen Barrikadenkämpfe **bis jetzt 108 Verletzte und vierzehn Tote** eingeliefert worden.

In später Nachtstunde wird dem „B. T." gemeldet: Seit Anbruch der Dunkelheit ist der Straßenbahnverkehr völlig eingestellt. Die Polizei geht sehr scharf vor. Bei Bildung von Ansammlungen wird **sofort geschossen.** Nach kommunistischen Plänen soll um 11 Uhr nachts der Kampf erneut, und zwar auf noch schärfere Weise als bisher beginnen. Zunächst sollen wieder die Polizeiwachen erstürmt werden, um die Mannschaften zu entwaffnen. Die Polizei ist auf alles vorbereitet und stark gesichert. Zurzeit durchziehen Trupps von Kommunisten die Straßen, während die übrigen Passanten fast ganz von der Straße verschwunden sind. St. Pauli, Hammerbrook und andere Arbeiterviertel sind teilweise abgesperrt, weil dort scharf geschossen wird. Niemand darf die abgesperrten Straßen passieren. Nach offenen Fenstern wird geschossen. Wie verlautet, sollen in der Hafengegend von der Polizei Maschinengewehre aufgestellt sein. Aus der ganzen Art des Kampfes der Kommunisten geht hervor, daß dieser nach einem wohlüberlegten Plan erfolgt. Seit ungefähr acht Tagen hat die durch das Verbot der Herausgabe von Drucksachen in ihrer öffentlichen Betätigung behinderte Kommunistische Partei Groß-Hamburgs eine heimliche Agitation zur Entfesselung des Generalstreiks und des blutigen Kampfes gegen die Polizeigewalt betrieben. In einer Versammlung wurde die ganze Stadt in Bezirke für proletarische Hundertschaften eingeteilt. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft lehnt natürlich jedes Zusammengehen mit den Kommunisten in schroffster Weise ab.

Republik Polen.

Ein amtliches Dementi.

Warschau, 24. Oktober. PAT. In seiner am Dienstag im Sejm gehaltenen Rede gab der Abg. Diamand zu verstehen, daß der Ministerpräsident Witos den Linksparteien das Angebot gemacht habe, eine neue Koalition der Sejmparteien zu bilden. Abg. Diamand erklärte weiter, daß die Linke dieses Angebot nicht annehmen könne. Die offzielle Polnische Telegraphen-Agentur ist zu der Erklärung ermächtigt, daß die Behauptung des Abg. Diamand jeder Grundlage entbehre. Ministerpräsident Witos habe kein derartiges Angebot den Linksparteien gemacht, und dies zu tun auch nicht beabsichtigt.

Die Entlassung von Eisenbahnern.

Wie gestern mitgeteilt, hat das Eisenbahnministerium die Entlassung von 7000 Eisenbahnern angeordnet. Polnischen Blättern zufolge sollen von der Entlassung betroffen werden: 1. Untertanen fremder Staaten (Ausländer) nichtpolnischer Nationalität mit dem 30. 11. d. J., 2. Untertanen fremder Staaten polnischer Nationalität mit dem 31. 1. 1924, sofern die ersteren, wie auch die letzteren in den angegebenen Terminen nicht den Beweis erbringen, daß sie die polnische Staatsangehörigkeit erworben haben. Im Laufe des Januar des Jahres 1924 soll auch das Dienstverhältnis mit den Eisenbahnangestellten gelöst werden, die vor einer besonderen Prüfungskommission nicht den Nachweis erbringen, daß sie die polnische Sprache genügend beherrschen.

Milliardenunterschlagungen bei der Eisenbahn.

Lemberg, 24. Oktober. Die hiesige Polizei kam auf die Spur riesiger Unterschlagungen, die seit einem Jahre zum Schaden der Eisenbahn durch einen Eisenbahn-Magazinverwalter und drei Mithelfer verübt worden waren. Der Magazinverwalter hat, wie die eingeleitete Untersuchung ergab, Benzin im Werte von Milliarden veruntreut. Außer ihm wurde auch ein Eisenbahnchauffeur und zwei andere Angestellte in Haft genommen.

Generalstreik in der Lodzer Textilindustrie.

Lodz, 25. Oktober. (PAT.) Gestern abend wurde der Generalstreik in der Textilindustrie des Lodzer Bezirks proklamiert. Die Arbeiter fordern eine Lohnerhöhung von 122 Prozent.

*

Zum polnischen Gesandten in Reval ist Herr Wacław Thad. Dobrzyński ernannt worden.

Abg. Wachowiak, der bekanntlich vor kurzem den Vorsitz des Klubs der Nationalen Arbeiterpartei niedergelegt hat, hat jetzt dem Obersten Rat dieser Partei ein Schreiben zugesandt, in welchem er die Niederlegung seines Mandats mitteilt. Der Oberste Rat der Nationalen Arbeiterpartei hat das Schreiben zur bestätigenden Kenntnis genommen.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 25. Oktober.

‡ **Neue Offizierssäbel** sollen nach einer Meldung des Thorner „Słowo Pomorskie" in der polnischen Armee eingeführt werden. Sie sollen denen der Zeitperiode Kosciuszkos ähnlich sehen. Das Kriegsministerium hat die Erlaubnis zur Anfertigung bereits erteilt.

§ **Falsche 500 000-Mark-Scheine.** Wie polnische Blätter melden, sind vor einiger Zeit in Kongreßpolen falsche 500 000-Mark-Scheine in Umlauf gebracht worden. Die Scheine sind auf einfachem Papier ohne Wasserzeichen hergestellt und durch ihre verwischte Schrift leicht als Fälschungen zu erkennen.

§ **In polizeilicher Aufbewahrung** auf der hiesigen Kriminalpolizei, Zimmer 37, befindet sich eine größere Anzahl von Wäschestücken, Bettbezügen, Tischdecken und anderen Sachen, die aus Diebstählen herrühren. Im dritten Polizeirevier, Berliner Straße (Św. Trojcy) befindet sich ein goldener Brillantring, ferner im 5. Revier, Steinstraße (Zamojskiego), ein Sack mit Kohl, der aus einem Diebstahl in der Hindenburgstraße (Reja) herrührt. Geschädigte können sich bei den genannten Amtsstellen melden.

§ **Leichenfund.** Aus dem alten Kanal in der Nähe der 4. Schleuse wurde gestern die Leiche eines Mannes gelandet. Es handelt sich um einen etwa 40 Jahre alten Mann mit dunkelblondem Haar, langem rötlichen Schnurrbart und rundem Gesicht. Bekleidet war er mit einem schwarzen Hut, gestreiften Beinkleidern, einer blauen Unterjacke und schwarzen Schnürschuhen. In seinen Taschen befand sich ein weißes Taschentuch und 25 000 Mark bares Geld, aber keinerlei Ausweispapiere. Nähere Angaben über die Persönlichkeit des Ertrunkenen sind auf der Kriminalpolizei, Zimmer Nr. 71, zu machen.

§ **Diebstähle.** In Schwedenhöhe (Szwederowo) stahlen Diebe aus einer Wohnung des Hauses Adlerstraße (Orla) 52 einen Browning und verschiedene Wäschestücke im Werte von 10 Millionen Mark. — Aus dem Hause Kujawierstraße (Kujawska) 42 wurden Kleidungsstücke und eine silberne Damenuhr mit goldener Kette im Gesamtwerte von 20 Millionen Mark gestohlen.

§ **Ein Fahrraddieb** wurde gestern in dem Augenblick festgenommen, als er ein Fahrrad stehlen wollte. Es handelt sich um einen gewissen Josef Szimbowski, der bereits zwei andere Fahrraddiebstähle eingestanden hat.

§ **Festgenommen** wurden gestern 12 Personen: 7 Sittendirnen, 2 Obdachlose und 3 Diebe. Unter den letzteren befindet sich ein gewisser Franz Gulkowski, der aus den Lagerräumen der Hurtownia Skór Tierfelle im Werte von 100 Millionen Mark gestohlen hatte. Der größte Teil der Felle ist wieder zur Stelle geschafft. Als zweiter Dieb wurde ein gewisser Simon Grzymacz aus Wloclawek verhaftet, der dabei abgefaßt wurde, als er einem Herrn die Geldtasche aus dem Mantel ziehen wollte. Endlich ist als dritter im Bunde ein Franz Gajewski aus Culm festgenommen worden, der einen geliehenen Paletot im Werte von 30 Millionen unterschlagen hat und dem auch eine große Zechprellerei nachgewiesen ist.

*

Vereine, Veranstaltungen ec.

Chor der Christus- und Pfarrkirche. Übungsstunde Freitag, den 26. d. M., abends 8 Uhr, im Gemeindehause. (10413

* * *

* **Posen** (Poznań), 24. Oktober. Auf die Meldung „Großfeuer" in den Militärwerkstätten wurden gestern mittag 1.12 Uhr beide Wachen nach der ul. Wały Leszczyńskiego Nr. 49 alarmiert. Als die Wehren anlangten, stand schon der Dachstuhl des Gebäudes in hellen Flammen. Das Feuer wurde unter Zuhilfenahme von sechs Schlauchleitungen in etwa 15 Minuten auf den Brandherd lokalisiert. Der Schaden ist recht bedeutend, da größere Mengen von Heu und Stroh verbrannt sind.

* **Posen** (Poznań), 24. Oktober. Wie die Straßenbahndirektion bekannt macht, lautet ihr Antrag, der die Stadtverordnetenversammlung beschäftigen wird, auf Erhöhung des Preises der Einzelfahrt auf 10 000 M., d. h. also um 100 Prozent. Alle übrigen Sätze erhöhen sich selbstverständlich in demselben Verhältnis. — Auf dem Gemüllabladeplatz am Eichwaldtore wurde gestern die halbverkohlte Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. Es war mithin der Versuch gemacht worden, das arme Würmchen zu verbrennen.

*

Aus der Freistadt Danzig.

* **Danzig,** 24. Oktober. Drei Selbstmorde. In seiner Wohnung hatte gestern der Bankbuchhalter Gustav Claaßen den Gashahn geöffnet, um mit seiner Frau aus dem Leben zu scheiden. Er starb, während die Frau sich schnell wieder erholen konnte. Als Ursache der Tat vermutet man Nahrungssorgen. Claaßen war seit Februar ohne feste Stellung. — Erschossen hat sich in Langfuhr in seiner Wohnung der Bankbeamte Otto Gehrmann. Desgleichen hat der Schupowachtmeister Bruno Schaplinski von der Verkehrshundertschaft sich das Leben genommen. Über die Gründe ist in beiden Fällen nichts Genaues festgestellt worden.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki, Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Unsere geehrten Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf dasselbe beziehen zu wollen.

Die glückliche Geburt eines gesunden **Töchterchens** zeigen hocherfreut an

Gustav Rollauer u. Frau Margarete
geb. **Raddatz.**

Bydgoszcz, den 20. Oktober 1923. 12002

Habe mich niedergelassen
in Mrocza
als **prakt. Arzt.**
Dr. W. Raczyński
wohne am Markt 11949
im Hause Kaiser's Kaffee-Geschäft.

Josef Czarnecki — *Dentist*
Paul Czarnecki — *Dentist*
Plac Wolności Nr. 2, I
Weltzienplatz 2, I 9708
Sprechstunden 9—5 Uhr.

Offene Stellen

Junger Mann
mit guter Schulbildung und gutem Zeugnis über beendete Lehrzeit für Expedition und Kontor gesucht. 10417
Ferd. Ziegler & Co.
Dworcowa 95.

Zuschneider
beste Kraft, per sofort oder 1. November für Dauerstellung gesucht. 10367
Meldungen an
Pomorska Fabryka Bielizny
Bydgoszcz, Pomorska 22-23.
Telefon 1821.

Vertrauensstellung.
Für die Kasse eines lebhaften Betriebes suchen eine Dame aus gutem Hause, möglichst beide Landessprachen beherrschend. Gefl. Off. unter **B. 10369** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

200 Wäsche-näherinnen
für Herrenwäsche, per sofort oder 1. November gesucht. 10368
Meldungen nimmt entgegen
Pomorska Fabryka Bielizny
Bydgoszcz, Pomorska 22-23.
Telefon 1821.

Für mein Kolonialwaren- u. Destillationsgeschäft suche ich per bald einen tüchtigen, ehrlich. u. zuverlässigen
Gehilfen
polnische Sprache erforderlich. — Offerten mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften erbeten. 10411
J. Scisłowski, Lidzbark, Pomorze.

Gesucht vom 1. 12. oder später ein **tücht.**
Maschinen- u. Hufbeschlag-Schmied
für eine deutsche Gemeinde. **Steinbart,** in **Szpital,** Krs. Inowrocław, p. Parchanie

Suche von sofort od. 1. 1. 1924 für meine ca. 1000 Mrg. gr. Rübenwirtschaft einen gebild.
Eleven.
Polnische Sprachkenntnisse erwünscht, Familienanschluß. 10410
K. Wilhelm, Olówko, powiat Grudziądz.

Strickerin und **Häklerin** gesucht. Offert. unt. **W. 12005** an d. Geschäftsst. d. Z.

Suche einfach., selbsttätigen, fleißigen 10396
Gärtner.
Guts-Verwaltung Barlin p. Gruczno.

Gesucht für sofort oder bald einfaches
Lehrmädchen
auf Landgut. 10378
Frau M. Blümel
Rittergut Stanisławie, Korritowo, p. Swiecie.

Kindermädchen
sofort gesucht. 11972
Jackowskiego 31, II, I.

1 jg. Dienstmädchen, welch. etw. kochen kann, kann sich melden bei **Hiller, Okole,** Berlińska (Berlinerstr.) 20. 11951

Saub. tücht. Waschfrau kann sich meld. **Rutkowski,** Gdańska 44, II. 11947

Stellengesuche

Intell. Kaufmann Geschäftsreis. Pomorze, Wielkopolska eingef., d. deutsch. u. poln. Sprache mächt., sucht **Reiseposten,** Woll-, Kurz-, Leder- u. Galant.-War., Wäsche. H.-Artikel bevorz. Off. u. **M. 11987** a. d. Gst. d. Z.

Erfahrener
Inspektor
sucht ab 1. 1. 24 Stelle. 42 J. a., verh., evgl., der dtsch. u. poln. Spr. in W. u. Schr. voll. mächtig, seit 20 Jahren b. Fach, letzte Stelle s. 7 Jahren. Gute Zeugnisse u. Referenzen stehen zur Seite. Offerten erb. an 11996 Inspektor **Berg, Gniewkowiec** bei Złotnili, Kujawski, pow. Inowrocław.

Tücht., erfahr., unverh. **Rentmeister** sucht sof. od. sp. ähnl. Anstell., od. a. Rendant-Rechnungsf. a. größer. Verwalt. Off. erb. unt. **A. 12011** a. d. Gst. d. Z.

Pens. Lehrer
poln. u. deutsch perf., sucht leichtere Beschäft., Bürodienst, Hausverw. od. ähnl., am liebst. m. Wohngel. Gefl. Zuschr. unter **A. 10399** an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Aelt. Landwirt
einf., ev., led., schriftgewandt, gute Zeugn. u. Empf., sucht Stellg. Gfl. Off. u. **C. 12017** an die Gschst. d. Ztg. erb.

Obersekundaner
möchte zum 1. Dezember evtl. 1. Januar in eine Drogerie eintreten. Angebote und Näheres erbittet 10394 **Clemens Schreiber,** Abb. **Ostrowite,** p. Chojnice.

Suche Stellung als **Gehilfe i. Kolonialwarengesch.,** bin 23 J. alt. Off. erb. u. **P. 11992** an die Geschäftsst. d. Z.

Suche für bald 10377
Lehrstelle
als **Mechaniker** mit Schlafstelle und Kost. Angebote vermittelt
Otto Brewing, Buchdruckerei, **Nakło.**

Frl. 26 J. alt, sucht Beschäftig. als **Empf.- od. Aufsichtsfrl.** Vertrauensstellung bevorzugt. Offert. erb. u. **O. 11991** a. d. Gst. d. Z.

Verkäuferin f. Wurst- u. Fleischwar.-Branche, beid. Spr. mächt., sucht Stellung p. 1. od. 15. 11. Offert. unter **B. 12004** an d. Geschäftsst. d. Z.

Tücht. Büfettfrl.
m. gut. Zgn. s. Stellg. Gefl. Off. erbet. unter **R. 11994** a. d. Gst. d. Z.

Besseres
Mädchen
das Kochen und alle häusl. Arbeiten versteht, mit einem Kinde v. 3 Jahren, sucht entsprech. Stellung vom 1. 1. 1924 oder früher. Offert. unter **T. 10339** an d. Geschäftsst. d. Z.

Einen Kuhfütterer
zum 1. 1. 24 sucht 11907 **L. Körnig,** Kolaszkowo (Bahnstr.).

Einen zuverl. 11983
Viehfütterer
stellt ein **R. Fredrich, Białobłota,** pw. Bydg.

Lehrling
mit guter Schulbildung findet sofortige Aufnahme
Landw. Ein- u. Verk.-Verein
Bydgoszcz, Dworcowa 30.
Tel. 100. 10344

Besseres junges
Mädel
sucht Stellung bei Familien-Anschluß zur **Unterstützung der Hausfrau** oder zur **Hilfe im Geschäft.** Angeb. unt. **U. 10355** an d. Geschäftsst. d. Z.

Landwirtstochter
sucht ab 1. 11. od. später Stellung als Hilfe der Hausfr. zw. **Erlerng. d. Kochens,** am liebst. auf einem Gute. Off. unter **D. 11959** a. d. Gst. d. Ztg.

Suche für meine schulentlass. Tochter **Stellung in kinderlosem Haushalt.** Z. erfr. b. Fr. **Beloniak,** Siemiradzkiego (Margarethenstr.) 5, III. 12009

An- u. Verkäufe

Tausch!
Gutgeh. Gastwirtschaft
in Schlesien ist gegen 10409
Landwirtschaft in Polen einzutauschen.
August Buchal, Reichenbach, Schlesien.

Suche
Holländer-Mühle
zum Abbruch zu kaufen. 10414
J. Dukonselle, Mühlenbauanstalt, Bojanowo.

Sofort abzugeben großer
Platz und Lagerraum
mit **Gleisanschluß.** Bequeme Wagenzufahrt. Offerten unter **N. 11990** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

100000 Mk.
zahle für
alten, künstl., selbst zerbroch. Zahn,
auch im Gebiß, bei mehreren zahle 25 % Aufschlag per Zahn. Kommen Sie u. überzeugen Sie sich. — Bitte sich zu melden im
Dental-Depot „Pomorze" 9818
ul. **Sniadeckich 33** (Ecke Dworcowa). Tel. 872. Geöffnet von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. P. S. Bitte die genaue Adresse zu beachten.

Stamm- u. Zopfbretter
4/4, 5/4, 6/4, trockene Ware
sowie 2—3 Wag. Kantholz 8/10 16/18
sofort zu kaufen gesucht. 10238
Offerten mit Preisangabe an **„Nika",** Bud. Tow. Akc., Marcinkowskiego 9.

Kochobst, Aepfel
in kleineren Mengen, auch waggonweise, kauft 9327
Marmeladenfabrik,
Bydgoszcz, Zduny 13. Telefon 1410.

Wollen Sie verkaufen?
Wend. Sie s. vertrauensvoll an S. Ruszkowski, Dom Osadniczy, Poln.-Amerikanisch. Büro für Grundstückhdl, Herm.-Frankest. 1a. Tel. 885 9755

Villa od. Landhs.
in oder bei Bydgoszcz zu kaufen gesucht. 12014 Off. mit Preis erbeten **Grundtke,** Bydgoszcz, Pomorska 43, II.

Für schnell entschl. Käufer!
Güter, Fabriken, Ziegeleien, Hotels, Wohn- u. Geschäftshäuser, Mahl- u. Schneidemühlen sow. kleinere **Landwirtschaften** zu kauf. ges. Off. an **Grundtke, Bydgoszcz,** Pomorska 43, II. 12013

Pferde und Fohlen
billig zu verkaufen u. einzutauschen. 11997 **Podgórna (Wollm.) 1.**

Junge Wolfshunde und 1 Dobermann
billig zu verk. 10395 **Handel butelek,** Król. Jadwigi 6, prt., I. Telefon 1443.

Hofhund
11900 zu verk. **Lubelska 12,** I.

Achtung! Scharfer Hof-Hund,
gute Rasse, eignet sich zum Bewachen fürs Geschäft, auch als Begleit-Hund preiswert abzugeben. 12019 **Przyrzecze (Brahegasse) 13.**

Gut erhaltenes
Klavier
sofort geg. Barzahlung oder gute Aktien zu kaufen gesucht. Off. u. **H. 11977** a. d. Gschst. erb.

Gut erh. Klavier
zu kauf. ges. Off. unt. **Z. 12006** a. d. Gst. d. Z.

Plüsch-Garnitur, Kanapee, 2 Fauteuils, 6 Sessel, 1 Tisch, zu verkaufen 12007 **Nakielska 32, I, I.**

Kaufe stets z. Höchstpr. alle Sorten
gebr. Möbel
Nähmasch., Fahrräd., Sport- u. Kinderwag. Jakubowski, Okole, Jasna 9. 11999

Gut erhaltene
Tonbank
ca. 3 m lang, zu kaufen gesucht.
Landw. Ein- und Verk.-Verein
Bydgoszcz, Dworcowa 30.
Tel. 100. 10343

Stehpult
Rindledertornister, Kupferstich, Vogelkäfig, Wandteller, Glas- und Porzellan-Sachen, Gartengeräte (gr. Zinkkannen), **Maschendraht Lampen** f. Gas u. Elektr. zu verkaufen 12016 **Promenada 10, p., I.**

Neue Singermasch., Häckselmaschine, neu, **Dezimalwage, eisern. Ofen** zu verkauf. 12022 **Kujawska 93, p., r.**

1 Herrenpelz, wenig getragen, Nerzfutter u. Nerzkragen, zu verk. Anfr. a. d. Geschäftsst. d. Ztg. zu richten. 11902

Treibriemen
für die jetzige Dreschzeit empfehlen 9764
Ferd. Ziegler & Co., Dworcowa 95.

Ankauf von:
Pelzsachen Möbel Teppichen und Antiquitäten.
H. Pawłowski,
Wełniany Rynek 10 (Wollmarkt). 11713

Damenpelz
Chinesische Ziege
weiß, langhaarig, ist günstig zu verkaufen.
Jagiellońska 11,
30308 1 Treppe, vormittags.

Gold, Silber, Platin, Kristall, Porzellan, Stil-Möbel, Kunst-Gegenstde., antike Sach. jeglicher Art 10027 kauft und nimmt in Kommission zu günstigen Bedingungen
Handelshaus Antoni-Adam Bcia.
Bioro, Plac Wolności 1.

Gold,
Silber, Platin kauft ständig f. eigen. Bedarf,
Platinzähne 130 000 Mk. u. mehr
Paul Bowski, Dentist, 10028 Mostowa (Brückenst.) 10.

Geldschrank Tischbillard
mit 2 Satz Bällen, Queues usw., 11995 **weißes Kinderbettst.** zu verk. Besicht. vorm. **Sielanka (Mackensenplatz) 14.** Tel. 1484.

Polarisations-Apparat, wie in Zolluntersuch.-Laborator. u. Zuckerfabriken, gebr., inkl. div. Zubehör, verkauft **Dr. L. Tonn, Apotheker,** 10342 **Bydgoszcz-Okole.**

National-
Registrier-Kontrollkasse m. Hebel (Nickel) gegen Höchstgeb. z. vrk. Angeb. u. **U. 12003** a. d. Gst. d. Z.

Motor
$2^1/_2$ P. S., 220 Volt, zu verkaufen. 12021 **Chrobrego 4.**

Z. verk. 1 4" u. 1 **Geschäftswagen.** Daselbst **1 leichter Kastenwagen** z. kauf. ges. Z. erfr. b. **Kohlmeyer,** Łokietka 20. 12010

Z. verk. **gr. Waschzober, neue Wringmasch.** 11965 Urocza (Parkstr.) 2, pt., r.

Leere Kisten Packstroh Holzwolle
verkauft 10401
A. Hensel,
ulica Dworcowa 97.

Ein liegender 13018
Gas- od. Benzinmotor
4—6 P.S., 1 **Bandsäge u. Abrichtemaschine** zu kaufen gesucht. Offerten mit Fabrikat und Preisangabe erb.
Szczepański,
Szczecińska 9. Tel. 867.

Lokomobile
zu kaufen ges., 28—40 P.S., Nationale, Preis. **E. Klomp,** Sägewerk, **Strzelno.** 10365

Gebr. Gas- und Rippenrohre
sucht zu kauf. **E. Bugiel,** Grudziądzka 2. Tel. 387. 11964

! Für Mitglieder !
Wir liefern jede Menge
Salzlecksteine
billigst sofort ab Lager
Kreislandbund Chełmno
— Telefon 171. — 10103

180 cbm 16 mm kieferne angeblaute
Kistenbretter
D.-Lg. ca. 3,8 m
D.-Br. ca. 17 cm
preiswert abzugeben
Heinrich Engelmann,
11906 **Fordon.**

Frauenhaar
kauft 979?
Haargeschäft Puppenklinik
Bydgoszcz, Dworc. 15.

Kaufe Rotguß, Kupfer, Messing u. Zinn
zu den höchsten Preisen. 10393
Nowacki, ulica Rycerska 6.

Zeitungspapier
kauft ständig 9672
F. Kreski, Bydgoszcz

Wohnungen

Suche 4—5-Zimmer-Wohnung im Zentr. der Stadt, Pr. n. Vereinb. Off. unter **O. 11938** a. d. Gst. d. Ztg.

Wohnungstausch! Hamburg-Bydgoszcz.
Suche
3-Zimmer-Wohnung
mit sämtlich. Komfort und Fabrik-Lagerräumen gegen solche oder größere in Bydgoszcz zu tauschen. Nähere Auskunft erteilt zwischen 3—4 Uhr
Fr. Beger,
Marcinkowskiego 8 a
11932 (Fischerstraße).

2 leere Zimmer
mit Kochgeleg. sofort zu mieten gesucht. — Preis nach Vereinbar. Offerten unt. **B. 10400** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Suche
2—5-Zimmer-Wohnung
im Zentrum der Stadt.
Preis nach Vereinbarung.
Offerten unter **R. 10120** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

In Mietsstreitigkeiten
sowie Schriftsätzen jeglicher Art erteilt Rat und Hilfe 9769
Z. Graszczyński, ul. Gdańska 162, II. Etg.

Wohnung
3—4 Zimmer, gesucht. Offerten an **Grundtke,** Pomorska 43, II. 12015

3-Zimm.-Wohng.
sucht ein jg. Ehepaar. Mietspreis n. Vereinb. Gefl. Angebote unter **P. 11941** a. d. Gst. d. Ztg.

Möbl. Zimmer

Geschäftsmann sucht
2—3 möblierte Zimmer
ohne Wäsche, im Zentrum der Stadt. Preis nach Vereinbarung. Offerten unter **J. 10119** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Intellig. Fräulein sucht
möbl. Zimmer
p. sof. od. 1. 11. Anm. unt. **T. 11914** a. d. Gst. d. Ztg.

Berufsdame sucht von sofort oder später
2 möbl. Zimmer
evtl. auch leere, i. Zentr. der Stadt. Elektr. Licht Bedingung. Off. unter **S. 11943** a. d. Gst. d. Ztg.

Eleganter Herr sucht **1-2 möbl. Zimmer,** mögl. im Zentrum, m. ungeniert. Eing. Miete bezahle in Kohle oder Geld. Off. unt. **Nr. 268/2** an Ann.-Büro **„Par",** Dworcowa 18. 10419

Solider jung. Mann (Hdlsgeh.) sucht v. 1. 11. **möbl. Zimmer.** Gefl. Off. erbet. unter **J. 11980** a. d. Gst. d. Z.

Jg. sol. Kaufm. sucht
möbl. Zimmer
m. od. oh. Pens. Off. erb. u. **R. 11929** a. d. Gst. d. Z.

Beamtin sucht v. 1. 11. **möbl. Zimmer.** Eigene Betten vorhd. Offert. unter **L. 11985** an d. Geschäftsst. d. Z.

Kl. einf. möbl. Zim. m. Zentralh. z. 1. 11. z. vm. 11993 **Paderewskiego 7, r.**

2 gut möbl. Zim.
m. v. P. a. 2 sol. H. v. s. z. v. Off. u. **D. 12020** a. G. d. Z.

Laden oder Lagerräume
mit Wohnung, möglichst im Zentrum der Stadt, nach Vereinbarung
sofort zu mieten gesucht.
Offerten u. **B. 12012** an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Versäumen Sie nicht!
meine Fabrikate zu versuchen!
bevor es teurer wird — sich einzudecken!
Ueberall: POLA-AMATOR-LEGIONKA
mit Aufschrift: Juljan Król, Bydgoszcz
zu verlangen! 9923

Pommerellen.

25. Oktober.

Graudenz (Grudziądz).

□ **Die hiesigen evangelischen Waisenhäuser** haben seit den letzten Jahren schwer zu kämpfen. Besonders das Mädchenwaisenhaus (Borrmannstift) ist in bedrängter Lage, da es außer einem kleinen Hausgarten und dem Bauplatz keinen anderen Grundbesitz hat. Auf Aufforderung der Polizei mußte das Wohnhaus mit neuem Putz und Anstrich versehen werden. Ein deutscher Baumeister lieferte die Arbeit billig mit günstigen Zahlungsbedingungen und ein deutscher Malermeister machte den Anstrich kostenlos. Schwere Sorgen macht die Beschaffung der Brennmaterialien und Lebensmittel. In früheren Jahren fand ein vom Deutschen Frauenverein veranstalteter Bazar statt, von dessen Reinertrag die Waisenhäuser den Löwenanteil erhielten. Nach Auflösung des Vereins, wobei der Kassenbestand von ca. 2 Millionen Mark beschlagnahmt wurde, ist das Borrmannstift ganz auf die Naturalien angewiesen, die von den Landwirten der Umgegend gespendet werden. *

* **Das hiesige Lyzeum** wurde mit Beginn des neuen Schuljahres verstaatlicht. Es hörte damit die Schulgeldzahlung auf, worüber die Eltern der Schülerinnen recht erfreut waren. Der „hinkende Bote" kam aber nach. Weder von der Stadt noch von der staatlichen Schulverwaltung ist bis dahin für Brennmaterial gesorgt worden. Die prächtige Herbstwitterung gestattete bis dahin noch den Unterricht in ungeheizten Räumen. Zum Dienstag waren nun die Eltern der Schülerinnen zu einer Besprechung über Aufbringung der Kosten zur Beschaffung der Brennmaterialien eingeladen. Leider wurden die Verhandlungen nur in polnischer Sprache geführt, so daß die meisten deutschen Eltern davongingen. Es wurde mitgeteilt, daß der Staat die Brennmaterialien nicht beschafft, daß es Sache der Eltern sei, dafür zu sorgen. Es sollte gezahlt werden für die Heizungsperiode für ein Kind 3 Millionen Mark, für zwei Kinder 5 Millionen und für drei Kinder 7 Millionen Mark. Es kam zu einer sehr erregten Debatte. Es wurde besonders gerügt, daß mit der Brennmaterialbeschaffung so lange gewartet worden ist. Noch vor wenigen Monaten zahlte man kaum 10 Prozent des jetzigen Preises. Mit einer Rücksprache im Ministerium in Warschau wurde ein Vertreter der Elternschaft beauftragt. *

A **Neue Klassenmützen.** Die Schülerinnen des Mädchen-Gymnasiums, früher Lyzeum (Viktoriaschule), sind mit neuen Klassenmützen bedacht. Die Eltern werden durch diese Neuanschaffung wieder belastet, denn der Preis ist ziemlich hoch. *

A. **Das Weichselwasser** ist ganz bedeutend gewachsen. Das Ladeufer wird zum Teil schon überflutet. — Im Schulzschen Hafen liegt ein großes Schleppfahrzeug, welches aus Warschau für die Firma Herzfeld u. Viktorius Eisenschrot brachte. Ein anderes Fahrzeug ist mit Weidenstrauch beladen. *

* **Ein großer Geflügeldiebstahl** wurde vor kurzem in Nowawies (Neudorf) bei Graudenz ausgeführt. Bisher unbekannte Täter entwendeten Herrn Gutsbesitzer Hintzler 50 Hühner und einige Enten. *

Thorn (Toruń).

≠ **Besuch der rumänischen Militärmission in Thorn.** Montag traf eine rumänische Militärmission, bestehend aus dem Attaché der rumänischen Gesandtschaft in Warschau, Oberst C. Trandaferescu, und zwei Fliegerkapitänen hier ein. Der Besuch der fremden Militärs gilt in erster Linie der hiesigen Flieger- und Beobachterschule. Nach Besichtigung der Schule fand abends ein Festessen statt, bei welchem auf die rumänische Armee, auf die Flugtechnik und auf das Wohl der polnischen Armee getoastet wurde. **

≠ **Verlängerung der Hundesperre.** Infolge des dieser Tage vorgekommenen Falles von Tollwut bei einem Hunde, der sieben Personen gebissen hatte, wurde die bestehende Hundesperre um drei weitere Monate verlängert. **

≠ **Von der Weichsel bei Thorn.** Nachdem die zweite Herbst-Hochwasserwelle am Dienstag mit 2,44 Meter über Null ihren höchsten Stand erreicht hatte, begann der Wasserstand ziemlich schnell wieder abzunehmen. Mittwoch früh betrug er 2,24 Meter über Null, gegen Mittag nur noch 2,18 Meter. — Der Schiffs- und Traftenverkehr am Dienstag und am Vormittag des Mittwoch war sehr rege. Eingetroffen sind die Dampfer „Rokitniak" und „Stanisław Konarski" mit je zwei Traften im Schlepp, ferner Dampfer „Marja" mit sieben Prähmen mit Holz, gleichfalls von der oberen Weichsel kommend. Außerdem trafen ein: Dampfer „Konieczek" mit zwei Traften; er fuhr dann nochmals ein Stück stromauf und brachte wiederum zwei Traften herunter, ferner Dampfer „Wilhelmine", der aus Schulitz leer kam. Als abgegangen notierten wir: Dampfer „Marja", der mit seinem Schleppzug stromab fuhr, Dampfer „Odra", der mit einem leeren Kahn nach oben fuhr, Dampfer „Bałtyk", welcher ohne Ladung stromab fuhr, und endlich einen mit Grubenholz beladenen Kahn mit dem Bestimmungsort Danzig. **

≠ **Bewußtlos aufgefunden** wurde in der Nacht zum vergangenen Montag eine gewisse Zofja M. in der ul. Sw. Ducha (Heiligegeiststraße). Da anfänglich ihr Name und die Wohnung nicht in Erfahrung gebracht werden konnten, man auch nicht wußte, worum es sich bei der Bewußtlosen handelte, wurde die Rettungswache der Feuerwehr alarmiert, die die Kranke nach dem städtischen Krankenhaus schaffte. **

≠ **Ein Schornsteinbrand** brach am vergangenen Sonntag vormittag in dem Hotel des Herrn Treichel am Nowomiejski Rynek (Neustädt. Markt) aus. Die Feuerwehr beseitigte in kurzer Zeit jede Gefahr. Der entstandene Schaden ist nicht bedeutend. **

* **Tuchel (Tuchola),** 24. Oktober. Tag für Tag rollen Gespanne vom Gute Komorze Kartoffeln zum hiesigen Bahnhof; die Kartoffeln sind in geschlossenen Säcken, der Bestimmungsort ist Belgien, der Verkaufspreis soll 300 000 Mark pro Zentner betragen.

Die Kirchliche Woche in Thorn.

Mit ein wenig Bangigkeit und Sorge hatten die Veranstalter der Kirchlichen Woche auch die evangelischen Männer nach Thorn gerufen, aber der Evangelische Männertag am Dienstag, den 23. Oktober, bewies doch, daß auch die Männer ein lebendiges Interesse nicht nur an den äußeren kirchlichen Dingen, sondern auch an den wichtigsten religiösen Fragen nehmen. Was die evangelischen Männer von ihrer Kirche erwarten, was sie an ihr verbessert und geändert sehen wollen, das führte Architekt Kartmann-Posen in einem sehr klaren, sachlichen Vortrage aus. Eine Fülle von Fragen, Ausstellungen und Wünschen betraf die verschiedenen Gebiete des kirchlichen und des Glaubenslebens, so u. a. das Verlangen nach einer Neugestaltung der Verfassung und der gottesdienstlichen Formen, die Sehnsucht nach größerer persönlicher Fühlungnahme mit dem Seelsorger und die Aufforderung an die Männer, selbst an der Kirche und für die Kirche zu arbeiten.

Der Frage: Was erwarten wir von unserer Kirche? stellte Pfarrer Fischer-Langenolingen die andere gegenüber: Was erwartet die Kirche von ihren Gemeindegliedern? Der lebendige, zündende und herzlich redende Vortrag fragte immer wieder: Wo sind die Männer in unserer Kirche, der Kirche, die zuerst aus Männern mit Bekennermut und Protestantenfestigkeit, mit mannhafter Tatkraft und entschlossener Opferwilligkeit gebildet wurde. Der kernfeste deutsche Mann Luther, der christliche Adel deutscher Nation, die Räte, die Handwerksmeister und die Bauern: ihnen war ihre Kirche ein Lebenselement, dafür lebten und kämpften und starben sie. Aber in der Gegenwart gilt das Wort nicht mehr: Wer ist ein Mann? Der beten kann!, der Bekennermut fehlt und die Arbeit für die Kirche wird fast ausschließlich von der Frauenwelt getragen. Die sehr angeregte Besprechung kennzeichnete das große Sehnen, das durch alle Bevölkerungsschichten und Bildungkreise hindurchgeht, das müde vom Materialismus unserer Tage und des Unwertes aller irdischen Dinge sich bewußt, nach Ewigkeitswerten verlangt.

Die Notwendigkeit der allgemeinen Mitarbeit aller Gemeindeglieder bewies mit größter Deutlichkeit auch die Besprechung am Nachmittag, die die Organisation und fernere Durchführung des vor einem halben Jahre ins Leben gerufenen Kirchlichen Hilfswerkes behandelte. Der Präses der Landessynode, Herr von Klitzing-Dziembowo, zugleich der Gründer und Vorsitzende des neuen Vereins, berichtete über die bisherige Durchführung dieser umfassenden Arbeit und betonte immer wieder ihre Lebensnotwendigkeit für die evangelische Kirche in unserem Gebiet. Leider ließ aber der Bericht von Pfarrer Kammel-Posen über die Beiträge und deren Verteilung an die einzelnen Anstalten und Verbände der Inneren Mission erkennen, daß man in weiten Kreisen diese Notwendigkeit noch nicht verstanden hat. Hoffentlich werden alle die Vorschläge zur besseren Bekanntgabe und persönlichen Werbearbeit, die besonders aus den Kreisen der Landwirte heraus gemacht wurden, in Zukunft den gewünschten Erfolg bringen; denn es steht traurig um die Zukunft unserer evangelischen Liebesarbeit, wie die anwesenden Berufsarbeiter der Inneren Mission immer wieder betonen mußten.

Abends sprach in der Altstädtischen Kirche Pfarrer Harhausen-Dirschau ernst und eindringlich über das Thema, das jetzt allen am nächsten liegt: Unsere Not. Aber nicht die Not an dem, was man zum täglichen Leben braucht, ist die größte und erschütterndste. Auch die Seele schreit: Ich verderbe im Hunger und verlangt danach, zur Ruhe zu kommen, frei zu werden von aller Knechtschaft der Sünde. Der Weg zur Umkehr ist schwer und doch jedem möglich, der den kennt, der gesagt hat: Ich bin der Weg; niemand kommt zum Vater denn durch mich. — Auch an den noch folgenden beiden Abenden der Kirchlichen Woche werden ähnliche religiöse Vorträge gehalten werden.

Außer diesen die Allgemeinheit angehenden Versammlungen hatte im Laufe des Tages noch eine Zusammenkunft des Evangelischen Pfarrervereins und des Evangelisch-Kirchlichen Hilfsvereins stattgefunden.

Kleine Rundschau.

* **Mord in der Kirche.** Chicago, 24. Oktober. Am vergangenen Montag wurde hier in der Kirche des Hl. Michael ein unerhörtes Verbrechen verübt. Als der griechisch-katholische Pope Basili Czszuciuk im Beichtstuhle saß, trat plötzlich die Frau eines anderen griechisch-katholischen Popen, Sicinska, die Schwester des ehemaligen Stadthalters von Galizien, auf ihn zu und gab fünf Schüsse auf ihn ab, von denen zwei tödlich waren. Die Mörderin gibt als Grund zu dem Verbrechen Verleumdungen an, durch die ihr Mann bloßgestellt wurde. Auf die Gelegenheit zur Ausführung des Verbrechens wartete die Mörderin neun Tage.

* **Eine Polizei-Internationale.** Auf dem Polizeikongreß in Wien, der dieser Tage stattfand, wurde eine internationale Organisation der Weltpolizei beschlossen, die ihr Hauptquartier in der österreichischen Hauptstadt erhält. Es wird hier ein Bureau errichtet, das eine ständige Kommission verwaltet, um eine möglichst einheitliche Verfolgung der Verbrecher in der ganzen Welt zu gewährleisten. Zu diesem Zweck wird ein internationaler Kode für Polizeiberichte und -telegramme eingeführt, und auch die Kanäle der amtlichen Berichterstattung der Staaten sollen für Polizeizwecke benutzt werden. Der Fingerabdruck spielt dabei eine große Rolle, und seine Bedeutung wurde auf dem Kongreß anschaulich vorgeführt. Von drei beliebigen Persönlichkeiten aus der Schar der 200 Teilnehmer wurden Fingerabdrücke genommen; die Formeln wurden einem weiblichen Detektiv übergeben, der mit einem Vergrößerungsglas die Hände der Kongreßteilnehmer betrachtete und die drei durch die Fingerabdrücke Bezeichneten sofort herausfand.

* **Der Wettstreit mit der Stricknadel.** Rekordkämpfe nehmen — zumal in Amerika — oft die sonderlichsten Formen an. Kürzlich aber wurde drüben ein Rekordkampf, der wenigstens einen wirtschaftlichen Nutzwert hatte, zum Austrag gebracht. In Atlantic City hatte der Frauenklub einen Konkurrenzkampf der Strickerinnen veranstaltet, um festzustellen, wie lange ein Mensch ununterbrochen stricken kann, und welche Mengen er dabei fertigzustellen vermag. 23 Wettbewerber hatten sich dem Preisrichter gestellt, darunter ein Vertreter des männlichen Geschlechts, ein früherer Kriegsteilnehmer, der, als er verwundet in einem Pariser Lazarett lag, aus Langeweile die Kunst des Strickens erlernt hatte. Aber schon nach der fünften Stunde mußte der Vertreter des starken Geschlechts aus dem Kampf ausscheiden und das Feld seinen Mitbewerberinnen überlassen. Diese strickten ausnahmslos 10 Stunden hintereinander. Dann begannen die Ausscheidungskämpfe, und nach 23 Stunden waren nur noch drei Frauen im Wettbewerb. Der Preisrichter erklärte damit den Kampf für beendet. Die Teilnehmerinnen waren so eifrig bei der Arbeit, daß sie diese nicht einmal des Essens wegen unterbrechen wollten und sich, um keine Zeit zu verlieren, von Dienerinnen füttern ließen. Ein Grammophon sorgte durch lustige Weisen dafür, daß die Arbeitslust rege blieb. Nach Beendigung des Wettbewerbs war der Boden von Jumpern, Strümpfen, Kinderunterröckchen, Mützen und Handschuhen bedeckt. Die Teilnehmerinnen durften sich nach getaner Arbeit des stolzen Bewußtseins freuen, ihre Zeit nicht vertan zu haben.

* **Die Insel der Paradiesvögel zu verkaufen.** Die zu den kleinen Antillen gehörige Insel Klein-Tabago befindet sich im Privatbesitz eines Engländers, Sir William Ingram. Sie ist dadurch bekannt geworden, daß der Besitzer hier mit Erfolg Paradiesvögel eingebürgert hat. Vor zwölf Jahren setzte er einige Paare aus, die in dem tropischen Klima vortrefflich gediehen und sich angeblich schon auf einige hundert Stück vermehrt haben. Dies wurde namentlich dadurch ermöglicht, daß Störungen durch Federnjäger ausgeschlossen waren; denn größere Schiffe können an dem steilen Felsgestade der Insel nicht landen, und auch für kleine Fahrzeuge ist das wegen der furchtbaren Brandung sehr schwer und nur unter ortskundiger Führung möglich. Diese Umstände machen aber den Aufenthalt auf der Insel sehr beschwerlich, und deshalb hat der Besitzer das Eiland jetzt für 2000 englische Pfund zum Verkauf ausgeschrieben. Die Zoologische Gesellschaft von Neuyork wird die Insel wohl erwerben.

* **Wie groß waren Adam und Eva?** Mit dieser Frage beschäftigt sich eine englische Zeitung, die sich zu ihrer Beantwortung natürlich an die nötigen Sachverständigen, nämlich die Bibelforscher, gewandt hat. Die Gelehrten erklärten zwar, daß sich über die Körpermaße unserer Ureltern nichts in der Bibel finde. Aber ein arabischer Bibelkommentator hat sich mit dieser Sache beschäftigt und angegeben, daß Adam, im Paradiese aufrecht stehend, von der Erde bis zum Throne des Himmels reichte. Diese erstaunliche Größe aber nahm allmählich immer mehr ab, teils aus Strafe für seine Sünde, teils durch die Sorgen nach dem Tode Abels. Was die Größe der Eva anbetrifft, so will man einen Schluß ziehen: aus ihrem Grabe, das an der heiligen Stelle von Jidda gezeigt wird. Die Maße dieses Grabes sind 200 Schritt lang und 15 Fuß breit. Danach wäre also die Mutter des Menschengeschlechtes eine recht stattliche Dame gewesen.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 25. Oktober.

§ **Evangelisch-kirchliche Nachrichten.** Berufen: Pfarrer Blümel aus Althütte zum Pfarrer in Bnin; Pfarrer Brohm in Ottlotschin zum Pfarrer in Rentschkau; Pfarrer Paarmann aus Posen zum Pfarrer in Wissek; bisheriger Pfarrverweser Pfarrer Nitz in Koschmin zum Pfarrer daselbst. — Infolge Versetzung der bisherigen Inhaber sind folgende evangelische Pfarrstellen neu zu besetzen: Libau, Diözese Gnesen, Neu-Barkoschin, Nauden, Schwarzenau, Diözese Gnesen, Welnau, Diözese Gnesen, Zduny, Diözese Krotoschin.

§ **Aus dem Verkehr gezogene Briefmarken.** Die Behörden haben die kleinwertigen Briefmarken bis 25 Mark sowie die Nachportomarken bis 8 Mark einschließlich aus dem Verkehr gezogen.

§ **Die Ernährung im Heere.** Das Kriegsministerium hat einen neuen Plan für die Ernährung des Heeres ausgearbeitet. Danach sollen die Mahlzeiten der Soldaten abwechselungsreicher sein, wobei ihnen zweimal wöchentlich Gemüse vorgesetzt werden soll. An Stelle von Kaffee sollen die Soldaten mehr Kartoffeln und Fett bekommen.

§ **Zur Verlängerung der Aufenthaltsscheine.** Allen Ausländern, die sich um die polnische Staatsbürgerschaft bemühen und ein entsprechendes Gesuch eingereicht haben, wird der Aufenthaltsschein, „karta pobytu", verlängert. Alle übrigen jedoch müssen Pässe der Länder besitzen, zu denen sie gehören.

§ **Für nach Amerika Ausreisende.** Polen, die das amerikanische Visum nach dem 12. September d. J. erhalten haben, werden, wie Lodzer Blätter melden, in einer Zahl von 1500 noch in diesem Jahre nach Amerika reisen dürfen, da für den Monat Dezember noch 1500 Registriernummern für polnische Auswanderer erteilt wurden.

§ **Wann darf eine Wohnung gekündigt werden?** Der Rechtsausschuß des Sejm hat folgende Gründe zur Kündigung einer Wohnung durch den Hausbesitzer als zulässig festgelegt: Der Verzug der Zahlung zweier auf einander folgender Mietzinsraten, die Störung der Ruhe im Hause, die Aftervermietung gegen allzu hohe Vergütung und die Vermietung der Wohnung ohne Bewilligung des Hausherrn sind Gründe, die zur Kündigung der Wohnung berechtigen.

§ **Ein Złoty — 140 000 Mark.** Die Postämter erhielten die Anweisung, ab 22. Oktober bei der Auszahlung von Złoty aus den Büchern der P. K. O. den Złoty Serie B und C mit 140 000 Mark zu berechnen.

§ **Gegen unbefugte Lebensmittelankäufe** wenden sich die Behörden. Sie machen darauf aufmerksam, daß solchen Leuten, die auf dem Lande Lebensmittel, wie Butter, Eier u. dgl. erstehen, um sie zu Wucherpreisen weiterzuverkaufen, ohne im Besitz eines Gewerbepatentes zu sein und entsprechende Verkaufsstätten zu unterhalten, Gefahr laufen, mit Gefängnis bis zu 3 Monaten und 1 Million Geldstrafe bestraft zu werden.

‡ **Der Aufenthalt in den Speisewagen der Eisenbahn** ist nach dem Thorner „Słowo Pom." den Reisenden der dritten Wagenklasse nur während der Zeit des Mittag- und Abendessens gestattet.

Handels-Rundschau.

Tagung des Verbandes polnischer Kaufleute. Der „Expreß Gieldowy" berichtet in seiner letzten Nummer über eine dieser Tage abgehaltene Tagung des Verbandes polnischer Kaufleute, in der verschiedene Forderungen und Wünsche geäußert wurden. Gefordert wurde u. a. — ähnlich wie es in den letzten Monaten in Deutschland der Fall war — der Wiederbeschaffungspreis; gleichzeitig wurde betont, daß mit allen verkehrten Wucherbegriffen aufzuräumen sei und daß die amtlichen Stellen die Pflicht hätten, Verfügungen rückgängig zu machen, die auf einer falschen Voraussetzung, d. h. auf einer Wertbeständigkeit des Geldes, beruhten. Schließlich wurde eingehend die Lage des Außenhandels, insbesondere des Handels zwischen Polen und Rußland, erörtert. Sehr bedauerlich sei auch das bisherige Fehlen eines richtigen Handelsvertrages zwischen Polen und der Sowjetrepublik. Die Entfaltung der Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Polen sei aber geradezu eine Notwendigkeit für den polnischen Staat. Um den Handel mit Westeuropa zu beleben, wurde beschlossen, eine Musterzentrale zu errichten, in der die verschiedensten in Polen produzierten Waren ausgestellt werden sollen, um dem ausländischen Kaufmann Gelegenheit zu geben, sich über die Leistungsfähigkeit Polens zu informieren. In dieser Beziehung habe die Posener Messe bereits vorgearbeitet.

Die sechsprozentigen Złotyschatzbons der Serien I B, C und D wurden vom 20. d. M. ab zum Verkehr auf der Warschauer Geldbörse zugelassen. Der jeweilige Kurs der Złotyschatzbons wird von der amtlichen Warschauer Börse bekanntgegeben werden. Angesichts dessen werden alle mit der Regierung in Złoty abgeschlossenen Verträge, sofern in diesen Verträgen die Art der Umrechnung nicht vorgesehen ist, in polnischer Mark nach dem Kurse der Złotyserie, die der nächsten Tilgung unterliegt, berechnet werden. Bis zum 30. Oktober wird hierbei demnach der Kurs der Serie I B, vom 1. bis 14. November der Kurs der Serie I C, und in der Zeit vom 15. November bis zum 14. Dezember der Kurs der Serie I D verpflichten. Gleichzeitig wird die Landesdarlehnskasse in der oben angeführten Weise die bis 20. Oktober erteilten Kredite berechnen.

Das Steuerwesen in Polen. Am Sonnabend fand im Finanzministerium eine Pressekonferenz statt, auf der der Leiter des Monopol- und Akzisendepartements Dr. Glowacki in der Angelegenheit der letzten Erhöhung der indirekten Steuern, besonders der Zuckersteuer, eine Erklärung abgab. Dr. Glowacki wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß die letzte Erhöhung der indirekten Steuern erfolgt sei, um den bereits vom Finanzminister Grabski angezeigten Weg zur Sanierung der Staatsfinanzen zu beschreiten. Wurden in Polen doch bisher nicht mehr als 27 Prozent der vor dem Kriege geleisteten Steuerbeträge gezahlt. Wenn der polnische Staat sich vor allen Dingen auf die indirekte Steuer zu stützen sucht, so sucht er nur den in allen europäischen Staaten bestehenden Grundsatz zu befolgen, deren Budgets sich fast ausschließlich auf die indirekten Steuern stützen. In Polen betragen die indirekten Steuern gegenwärtig 77 Prozent, die direkten Steuern 23 Prozent sämtlicher Steuereingänge. Zur Zuckersteuer betonte Dr. Glowacki, daß diese gegenwärtig in Polen 0,22 Złoty bei einem Złotykurse von 180 000 Mark beträgt, während sie vor dem Kriege 0,38 Złoty betrug.

Geldmarkt.

Der Dollar stand gestern, errechnet aus dem amtlichen Kurse der Danziger Börse für Polennoten, Scheck Warschau, in Danzig auf etwa 2 500 000 Polenmark.

Die polnische Mark am 24. Oktober. Es wurden gezahlt für 100 Polenmark: in Danzig 4 089 750—4 110 250, Auszahlung Warschau 3 595 000—3 609 000; in Prag 0,0019$^{1}/_{4}$—0,0020$^{3}/_{4}$, Auszahlung Warschau 0,0021$^{1}/_{4}$—0,0023$^{3}/_{4}$; in Neuyork, Auszahlung Warschau 0,00011; in Zürich, Auszahlung Warschau 0,0005.

Warschauer Börse vom 24. Oktober. Schecks und Umsätze: Belgien 87 000—85 750, Berlin 0,00001, London 7 950 000—7 835 000, Neuyork 1 750 000—1 725 000, Paris 102 000—100 000, Prag 51 975, Wien 24,70, Schweiz 315 000—310 000, Italien 78 000—77 350. — Devisen (Barzahlung und Umsätze): Dollar der Vereinigten Staaten 1 725 000.

Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 24. Oktober. In 1000 Mark. Banknoten: 1 amerik. Dollar 89 775 000 Geld, 90 225 000 Brief, 100 polnische Mark 4 089 750 Geld, 4 110 250 Brief. Tl. Ausz.: 1 Pfund Sterling 399 000 000 Geld, 401 000 000 Brief, Paris 1 Frank 573 875 Geld, 576 314 Brief, Christ. 1 Krone 120 675 Geld, 130 325 Brief. Verkehrsfreier Scheck: Warschau 3591 Geld, 3609 Brief.

Die Notierungen der Danziger Börse fallen heute, Donnerstag, den 25. d. M., aus. Freitag, den 26. Oktober, werden die Effekten- und Devisenkurse in Gulden notiert. Neu aufgenommen wird die Notierung von englischen Noten, und zwar erfolgt diese Notierung im Gegensatz zu allen anderen Devisen in deutscher Reichsmark, um einen Anhaltspunkt für die Berechnung der Reichsmark zu haben.

Berliner Devisenkurse.

Für drahtliche Auszahlungen in Mark	24. Oktober		23. Oktober	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland 1 Gld.	24538500 T	24661500 T	21546000 T	21654000 T
Buen.-Air. Pes.	19551000 T	19649000 T	17955000 T	18045000 T
Belgien 1 Frcs.	311220 T	312780 T	2713200 T	2726800 T
Norwegen Kr.	9675750 T	9724250 T	8478750 T	8521250 T
Dänemark Kr.	1087275 T	1092725 T	9675750 T	9724250 T
Schweden Kr.	16558500 T	16641500 T	14583500 T	14636500 T
Finnland 1 Mk.	1695750 T	1704250 T	1476300 T	1483700 T
Italien 1 Lire	2793000 T	2807000 T	2423850 T	2466150 T
England Pf.St.	284287500 T	285712500 T	249375000 T	250625000 T
Amerika 1 Doll.	62842500 T	63157500 T	55860000 T	56140000 T
Frankreich Fr.	365085 T	366915 T	3192000 T	3208000 T
Schweiz 1 Frc.	1127175 T	1132825 T	9875250 T	9924750 T
Spanien 1 Pes.	837900 T	8421000 T	7381500 T	7418500 T
Tokio 1 Yen	3092250 T	3107750 T	27451250 T	27568750 T
Rio de Jan. 1 Milreis	588525 T	5914750 T	5087250 T	5112750 T
Dtsch.-Oesterr. 100 Kr. abgest.	877775 T	892225 T	778050 T	781950 T
Prag 1 Krone	1875300 T	1884700 T	1645875 T	1654125 T
Budapest 1 Kr.	3491250 T	3508750 T	3092250 T	310775 T

Züricher Börse vom 24. Oktober. (Amtliche Notierungen.) Warschau 0,0005, Neuyork 5,61$^{1}/_{4}$, London 25,23, Paris 32,55, Wien 0,007875, Prag 16,60, Italien 24,95, Belgien 27,80, Berlin (für eine Milliarde) 0,08.

Die Landesdarlehnskasse zahlte heute für 1 Million deutsche Mark 10, 1 Goldmark 406 580, 1 Silbermark 162 165, 1 Dollar, große Scheine 1 725 000, kleine 1 707 750, 1 Pfund Sterling 7 860 000, 1 franz. Franken 101 300, 1 Schweizer Franken 311 600, 1 Złoty, Serie B und C 160 000.

Aktienmarkt.

„Polski Przemysł Gumowy" T. A. in Graudenz. Die Generalversammlung findet am 5. November 1923, nachmittags 3 Uhr, in den Geschäftsräumen des Notars Wysocki in Graudenz, ul. Józefa Wybickiego Nr. 31, statt. (Kapitalerhöhung.) M. P. 239.

Zuckerfabrik Melno. Die Generalversammlung findet am 15. November 1923, 11 Uhr vormittags, im „Hotel zum goldenen Löwen" (Pod Złotem Lwem) in Graudenz statt.

„Albrechtswerke", T. A. in Rządz bei Graudenz. Die Generalversammlung findet am 17. November 1923, vormittags 11 Uhr, im Bureau des Herrn E. Demant in Graudenz, ul. Ogrodowa 7, statt. (Besprechung über Liquidierung des Unternehmens.) M. P. 240.

Drzewnego Przemysłu i Handlu, Akt.-Ges. in Posen. Der Vorstand gibt bekannt, daß eine neue Generalversammlung für den 9. November d. J. anberaumt ist, die in dem Lokale der Centralny Towarzystwo Rolnicze, Kopernika 30, stattfindet. Die kürzlich stattgefundene 4. ordentliche Generalversammlung war so schwach besucht, daß von ihr keine rechtsgültigen Beschlüsse gefaßt werden konnten.

Produktenmarkt.

Öle und Naphthaprodukte. Bromberg, 23. Oktober. Preise in tausend Mark für 100 Kg. loko Raffinerie: raffiniertes Maschinenöl Nr. 3—4 mit 50° = 6116; Nr. 5—6 mit 50° = 9055, Zylinderöl 230/240 = 7645, Gasöl 3683, Wagenfett 4448, Tovotte-Fett 9174, Vaselin 10 282$^{1}/_{2}$.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer in der Zeit vom 22. Oktbr. bis 24. Oktbr. (Großhandelspreise für 100 Kilogr.) Weizen 2 700 000—2 950 000 M., Roggen 1 500 000—1 650 000 M., Futtergerste —,— bis —,— M., Braugerste 1 700 000—1 900 000 M., Felderbsen —,— bis —,— M., Viktoriaerbsen —,— bis —,— M., Hafer 1 300 000—1 450 000 M., Fabrikkartoffeln —,— bis —,— M., Speisekartoffeln 420 000—540 000 M., Weizenmehl 70% (inkl. Sack) —,— M., Roggenmehl 70% (inkl. Sack) 2 600 000—2 750 000 M., Weizenkleie 1 000 000 M., Roggenkleie 900 000 M.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 24. Oktober. (Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilogr. = Doppelzentner bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Roggen 1 600 000—1 700 000 M., Weizen 2 900 000—3 200 000 M., Gerste 1 400 000—1 500 000 M., Brauereigerste 1 800 000—2 000 000 M., Hafer 1 400 000—1 500 000 M., Roggenmehl 2 600 000—2 750 000 M., Weizenmehl —,— bis —,— M. (inkl. Säcke), Roggenkleie 900 000 M., Weizenkleie 950 000 M., Eßkartoffeln 560 000—580 000 M., Fabrikkartoffeln 420 000—450 000 M., Roggenstroh, lose 100 000 bis 110 000 M., do. gepr. 140 000—150 000 M., Heu, lose 135 000 bis 150 000 M., do. gepr. 185 000—220 000 M. — Ungenügende Zufuhren. Bargeldmangels wegen kleine Umsätze. Tendenz: fest.

Danziger Getreidenotierung (amtlich) vom 24. Oktober. Weizen 1,30—1,45 Dollar, Roggen matter, 0,87$^{1}/_{2}$ Dollar, Gerste 1,20—1,25 Dollar, Hafer 0,80 Dollar, matter.

Materialienmarkt.

Holzmaterial. Bromberg, 24. Oktober. Preise je Festmeter in Millionen Mark: Kiefernrundholz 4, Eichenrundholz 7; Kiefernholzmaterial: Tischlerbretter 10, Kantholz und schmale Bretter 8,5, eichenes Tischlermaterial 14, Bauholz 12,5—13.

Edelmetalle. Warschau, 24. Oktober. In tausend Mark für ein Gramm reines Metall im freien Handel: Gold 1 350 000, Silber 38, Handelsplatin 5200—5500, ein Silberrubel 500.

Viehmarkt.

Posener Viehmarkt vom 24. Oktober. (Ohne Gewähr). Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

Rinder: 1. Sorte 7 900 000 M., 2. Sorte 6 800 000 M., 3. Sorte 5 600 000—6 000 000 M. — **Kälber:** 1. Sorte 7 600 000—7 800 000 M., 2. Sorte 6 600 000—6 800 000 M. — **Schafe:** 1. Sorte 6 000 000 M., 2. Sorte 4 800 000—5 000 000 M., 3. Sorte 4 000 000 M. — **Schweine:** 1. Sorte 13 600 000 M., 2. Sorte 12 600 000—12 800 000 M., 3. Sorte 11 000 000—11 600 000 M.

Der Auftrieb betrug: 32 Ochsen, 142 Bullen, 190 Kühe, 138 Kälber, 1495 Schweine, 225 Schafe, 60 Ziegen. — Tendenz: am Morgen sehr lebhaft, später ruhig.

Pferdemarkt. Krakau, 23. Oktober. Bessere Arbeitspferde 60 Millionen das Paar, weniger gute 30—40 Millionen, Luxuspferde 120 Millionen, einjährige Fohlen 11 Millionen das Stück.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 24. Oktober 1923 bei Toruń (Thorn) + 2,24, Fordon + 2,20, Chełmno (Culm) — 2,31, Grudziądz (Graudenz) + 2,46, Kurzebrack + 2,70, Piekel — 1,83, Tczew (Dirschau) — 2,48, Einlage + 2,55, Schiewenhorst + 2,66, Zawichost am 23. Oktober + 1,55, Krakow am 23. Oktober — 1,86, Warszawa am 23. Oktober + 2,13, Płock am 22. Oktober + 1,93 Meter.